



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

35. Jahrgang

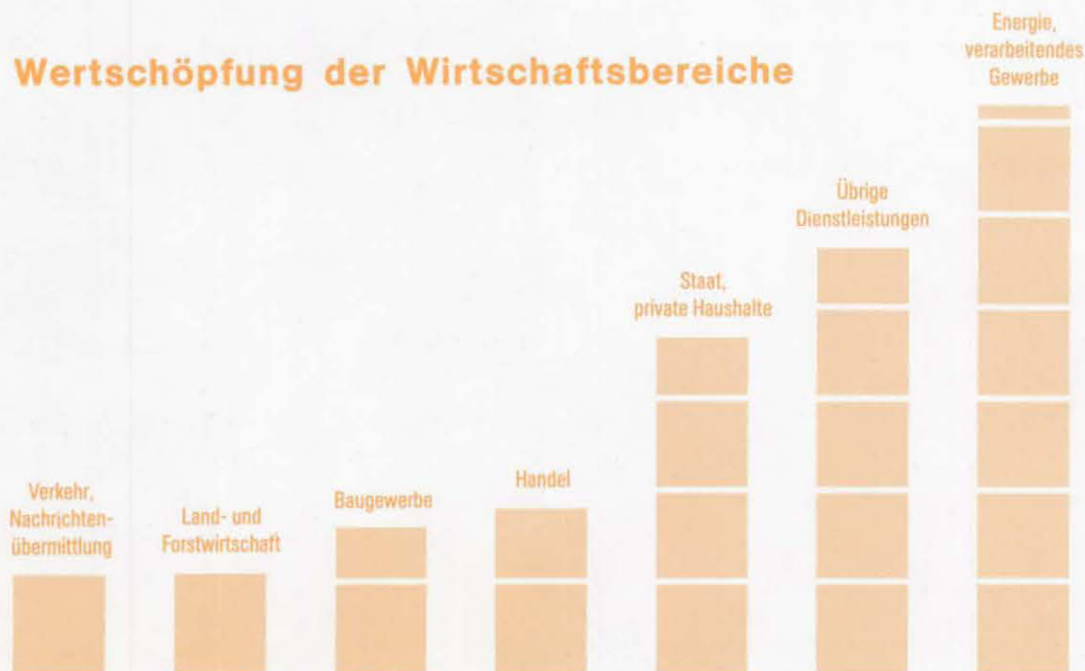
Heft 11

November 1983

Grafik des Monats: Sozialprodukt
Aufsätze: Arbeitslosenquoten
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
Ackerland und Dauergrünland
Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monats- durch- schnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
		August 1983		Januar bis August 1983	
Beschäftigte	1 000	167	- 5,0	166	- 5,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	- 7,2	16	- 6,9
Löhne und Gehälter	Mill. DM	502	- 0,6	484	- 1,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 781	+ 2,4	2 725	+ 1,7
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 265	+ 1,8	2 217	+ 2,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	516	+ 4,9	508	- 1,1
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 457	+ 17,2	1 492	+ 3,6
aus dem Inland	Mill. DM	1 022	+ 10,9	1 078	+ 1,6
aus dem Ausland	Mill. DM	436	+ 34,9	414	+ 9,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE	182	- 0,3	186	- 0,7
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	50	- 0,9	47	- 4,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7	+ 5,5	5	+ 0,4
Löhne und Gehälter	Mill. DM	154	+ 6,8	118	+ 2,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	424	+ 7,3	320	+ 6,2
Auftragseingang ³	Mill. DM	253	+ 11,7	256	+ 20,1
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 494	+ 78,7	1 499	+ 46,7
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	515	+ 6,0	640	+ 32,5
Einzelhandel					
		Juli 1983		Januar bis Juli 1983	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) Meßziffer 1980 = 100		107,8	- 1,7	104,0	+ 3,1
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) Meßziffer 1980 = 100		160,6	+ 8,2	107,6	+ 7,2
Fremdenverkehr⁵					
Fremdenmeldungen	1 000	415	+ 4,0	222	+ 0,2
Fremdenübernachtungen	1 000	3 414	+ 1,6	1 323	- 2,6
Arbeitsmarkt					
		August 1983		Januar bis August 1983	
Arbeitslose	Anzahl	99 910	+ 15,3	107 833	+ 21,2
		Juli 1983		Januar bis Juli 1983	
Ausfuhr	Mill. DM	592	+ 9,3	647	+ 1,1
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	584	+ 17,2	615	+ 2,1
Kredite⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 745	- 3,8	8 894	- 2,0
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	39 201	+ 8,1	38 364	+ 7,5

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (ohne Jugendherbergen und Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 11/83

	Seite
Aktuelle Auslese	181
Aufsätze	
Wie zuverlässig sind Arbeitslosenquoten? ..	182
Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1960 bis 1982	188
Ackerland und Dauergrünland in Schleswig-Holstein	201
Grafik des Monats	194
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen ...	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 6/1983

Studenten der Naturwissenschaften

Heft 7/1983

Bundestagswahl 1983

Tuberkulose einst und jetzt

Heft 8/1983

Keine Volkszählung –
und doch Bevölkerungszahlen?
Investitionen 1981

Heft 9/1983

Hilfe zum Lebensunterhalt

Heft 10/1983

Fremdenverkehrskapazität 1981
Bevölkerungsentwicklung seit 1970
Studenten im SS 1983



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

35. Jahrgang

Heft 11

November 1983

Aktuelle Auslese



Trotz eines Bilderbuchsommers weniger Übernachtungen?

Bekanntlich erfaßt die Fremdenverkehrsstatistik seit 1981 nur noch die Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten. Daher ist das Bild, das die amtliche Statistik über den Fremdenverkehr in unserem Land zeichnet, leider unvollständig.

Ausgehend von den Betrieben mit 9 und mehr Betten wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres insgesamt 1,9 Mill. Gäste und 12,3 Mill. Übernachtungen registriert. Während die Zahl der Gäste damit noch leicht zugenommen hat (+ 0,1 %), ging das Übernachtungsaufkommen im Vergleich zur Vorjahresperiode um 2,6 % zurück. Dies bedeutet, daß sich auch die Aufenthaltsdauer etwas verringert hat. Weniger Übernachtungen mußten alle Gemeindegruppen hinnehmen. Am schlechtesten schnitten die Luftkurorte und die Heilbäder ab, dort wurden 10,7 % und 8,7 % weniger Übernachtungen gezählt. Für die übrigen Gemeindegruppen lauten die Veränderungen (Januar bis August, 1983 gegenüber 1982): Großstädte - 3,9 %, Nordseebäder - 2,4 %, Ostseebäder - 2,0 %, sonstige Gemeinden - 1,8 % und Erholungsorte - 0,1 %.

Mancher mag wegen der wirtschaftlichen Lage am Urlaub gespart haben. Vielleicht ist aber mancher auch deshalb zu Hause geblieben, weil der Sommer überall gleich schön war. Es ist aber auch denkbar, daß sich der Fremdenverkehr zu den billigeren Privatquartieren verlagert hat und insgesamt gesehen das Übernachtungsaufkommen gar nicht zurückgegangen ist.



Weniger, aber größere Betriebe

Im Mai 1983 gab es 31 525 landwirtschaftliche Betriebe in Schleswig-Holstein. Ihre Zahl verringerte sich in Jahresfrist - wie in den Vorjahren - um knapp 2 %, gleichzeitig setzte sich die Konzentration auf weniger, aber größere Betriebe intensiv

fort. In den Größenklassen ab 50 ha LF hat die Zahl der Betriebe deutlich (+ 3 %) auf 6 965 zugenommen, dagegen in den Größenklassen zwischen 10 und 50 ha LF erheblich (- 4 %) auf 15 918 abgenommen. Im Größenklassenbereich von 1 bis 10 ha LF verringerte sich die Zahl der Betriebe nur leicht (- 1 %) auf 8 642. Von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe ab 1 ha LF (= 1,09 Mill. ha) entfiel mehr als die Hälfte (53 %) auf Größenklassen ab 50 ha LF. Darunter bewirtschafteten allein die Betriebe mit 100 ha LF und mehr bereits 18 % der Fläche, während ihr Anteil an den Betrieben des Landes nur 4 % betrug. 44 % der Fläche entfielen auf die Betriebe zwischen 10 bis 50 ha LF und 3 % auf die Betriebe von 1 bis 10 ha LF.



Hochschulprüfungen im Wintersemester 1982/83

An Schleswig-Holsteins Hochschulen stellten sich im Wintersemester 1982/83 1 758 Studenten einer Abschlußprüfung. Die Zahl der abgelegten Prüfungen lag damit acht Prozent über dem Durchschnitt der vorangegangenen sechs Wintersemester. 1 641 Kandidaten erfüllten die Examensanforderungen, was einer Erfolgsquote von 93 % entspricht.

Von den erfolgreichen Prüfungsteilnehmern absolvierten 404 ein Fachhochschulstudium und erhielten ein Diplom. 417 Kandidaten bestanden das erste Staatsexamen für die Lehrerlaufbahn, davon 128 für die Laufbahn an Gymnasien, 128 für Realschulen, 110 für Grund- und Hauptschulen und 51 für Sonderschulen. Das Staatsexamen in anderen Studienfächern (Medizin, Zahnmedizin, Rechtswissenschaft und Pharmazie) legten 336 Studenten erfolgreich ab.

Die Anforderungen einer Diplomprüfung an den wissenschaftlichen Hochschulen erfüllten 224 Kandidaten, der Dokortitel wurde 190 Prüflingen zugesprochen. Die übrigen 70 Absolventen legten mit Erfolg die kirchliche Abschlußprüfung (26), eine Musikprüfung (28) oder die Magisterprüfung (16) ab.

Wie zuverlässig sind Arbeitslosenquoten?

In den letzten Monatsheften wurde schon mehrfach auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der Statistik dadurch entstehen, daß die Volkszählung 1983 nicht stattgefunden hat. Auch die Berechnung von Arbeitslosenquoten ist davon betroffen.

Um eine Beschäftigungslage allgemein zu kennzeichnen, bedient man sich gewöhnlich der Arbeitslosenquote. Mit der dramatischen Zunahme der Arbeitslosigkeit ab etwa 1974 ist sie in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt — selbst über monatliche Arbeitslosenquoten wird regelmäßig auf den Titelseiten unserer Zeitungen berichtet.

Die Arbeitslosenquote spielt jedoch nicht nur in der öffentlichen beschäftigungspolitischen Diskussion eine entscheidende Rolle, sondern dient darüber hinaus als wesentliche Entscheidungsgrundlage für viele regionalpolitische Maßnahmen. So wurden zur jüngsten Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in wesentlichem Maße auch Arbeitslosenquoten als Indikator für Förderungswürdigkeit herangezogen¹. Das Schwerpunktprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom 16. Mai 1979 richtet sich sogar ausschließlich nach den regionalen Arbeitslosenquoten². Damals sollten 23 Arbeitsamtsbezirke, deren Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mehr als 6 % betragen hatte, mit insgesamt 500 Mill. DM gefördert werden. Tatsächlich wurden aber 860 Mill. DM aufgewendet, wobei Schleswig-Holstein wegen „zu niedriger“ Arbeitslosigkeit leer ausging.

Nun gibt es fundierte Kritik daran, die allgemeine Arbeitslosenquote überhaupt als hinreichenden Indikator für die regionale Beschäftigungssituation anzusehen³. Auf diesen Aspekt soll im folgenden jedoch nicht weiter eingegangen werden. Gegenstand der folgenden Erörterungen ist vielmehr die Frage, ob die

1) Beschluß des Planungsausschusses für regionale Wirtschaftsstruktur vom 29. Januar 1979, veröffentlicht im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

2) Beschluß der Bundesregierung vom 16. Mai 1979

3) Vgl. z. B. Karl Ganser, Die Arbeitslosenquote als Indikator erwerbsstruktureller Benachteiligungen, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, 1980

Arbeitslosenquote aus statistischer Sicht ein verlässlicher Indikator ist. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Fehlmessungen in erheblicher Größenordnung, insbesondere auf Landesebene und darunter, sind geradezu unvermeidlich. Offensichtlich hat die hohe Popularität dieses Indikators eine breitere Kritik bisher verhindert.

Die Berechnung der Landesarbeitslosenquote

Die von der Arbeitsverwaltung berechneten Arbeitslosenquoten sollen bekanntlich das Mengenverhältnis der am Wohnort registrierten Arbeitslosen zu den Arbeitnehmern darstellen. Dabei gelten als Arbeitslose solche Arbeitssuchenden, die noch nicht das 65. Lebensjahr vollendet haben, nicht oder nur kurzfristig erwerbstätig sind, nicht in schulischer Ausbildung stehen, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind, nicht Empfänger von Altersruhegeld sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Als Arbeitnehmer werden die abhängigen Erwerbspersonen ohne Soldaten verstanden, also die erwerbstätigen und arbeitslosen Arbeiter, Angestellten und Beamten (ohne Soldaten). Selbständige und mithelfende Familienangehörige werden mithin nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung der abhängigen Erwerbspersonen für die Bundesländer, die Landesarbeitsamtsbezirke und den Bund bedient sich die Bundesanstalt für Arbeit des vorjährigen Mikrozensus. Der Mikrozensus — offiziell heißt er „Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens“ — ist eine jährliche 1 %-Stichprobe, deren Berichtswoche meist im April liegt. Die Rechnung für die Ermittlung der Erwerbspersonen 1982 sieht im einzelnen folgendermaßen aus:

	<i>in Tausend</i>
Erwerbstätige laut Mikrozensus April 1981	1 143,6
— Soldaten	
— Mithelfende Familienangehörige	
— Selbständige	191,7
<hr/>	
— abhängige Erwerbstätige (ohne Soldaten)	951,9
+ registrierte Arbeitslose Ende April 1981	52,7
abhängige Erwerbspersonen (ohne Soldaten)	1 004,6

Diese Bezugszahl wird für die Errechnung der monatlichen Arbeitslosenquoten Schleswig-Holsteins von

Juni 1982 bis Juni 1983 sowie der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote zugrunde gelegt. 1982 waren im Jahresdurchschnitt 91 418 Personen arbeitslos. Das ergibt demnach eine Arbeitslosenquote für 1982 von

$$\frac{91\,418}{1\,004\,600} = 9,1\%$$

Zweifel an diesem Ergebnis sind weniger deshalb angebracht, weil die verwendete Mikrozensus-Zahl aus dem Vorjahr stammt — das ist wegen der in diesem Falle zu späten Veröffentlichung der Mikrozensus-ergebnisse unvermeidlich —, als vielmehr an der Treff-

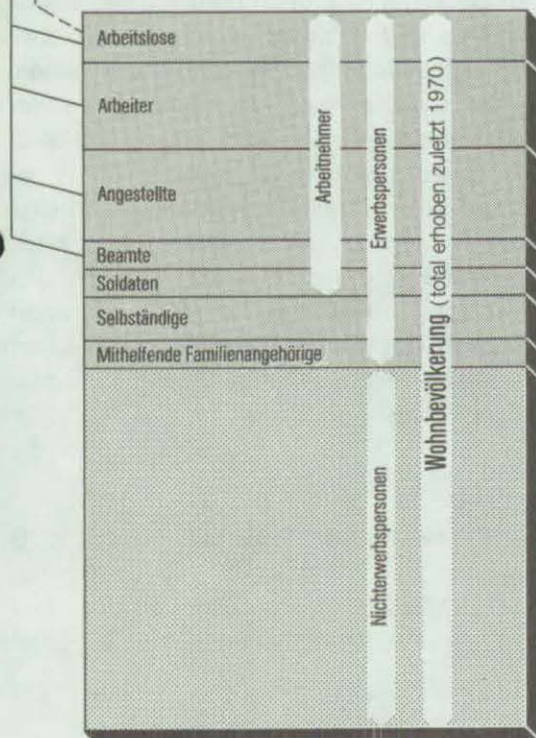
sicherheit dieser Stichprobenzahlen. Auswahlgrundlage für die Haushalte, die zum Mikrozensus zu befragen sind, bilden die Zählbezirke der Volkszählung 1970, ergänzt um die seitherigen Neubauten. Jährlich werden ein Viertel aller so ausgewählten Mikrozensus-Bezirke gegen neue ausgetauscht. Wegen stichprobenbedingter Unsicherheiten werden die auf 100 % hochgerechneten 1 %-Stichprobenergebnisse an die aktuelle Einwohnerzahl aus der Bevölkerungsfortschreibung „angepaßt“, d. h. die mit 100 multiplizierten Mikrozensus-Ergebnisse werden mit einem Koeffizienten multipliziert, der zu derselben Einwohnerzahl wie bei der Fortschreibung führt. Nach einer besonderen, hier nicht darzustellenden Methode werden auch die

Die Schemata zur Berechnung der Arbeitslosenquote (A)

Prinzipiell

(1970 auch aktuell)

$$\frac{\text{Arbeitslose} \times 100}{\text{Abhängige Erwerbspersonen}} = A$$



Aktuell, Land

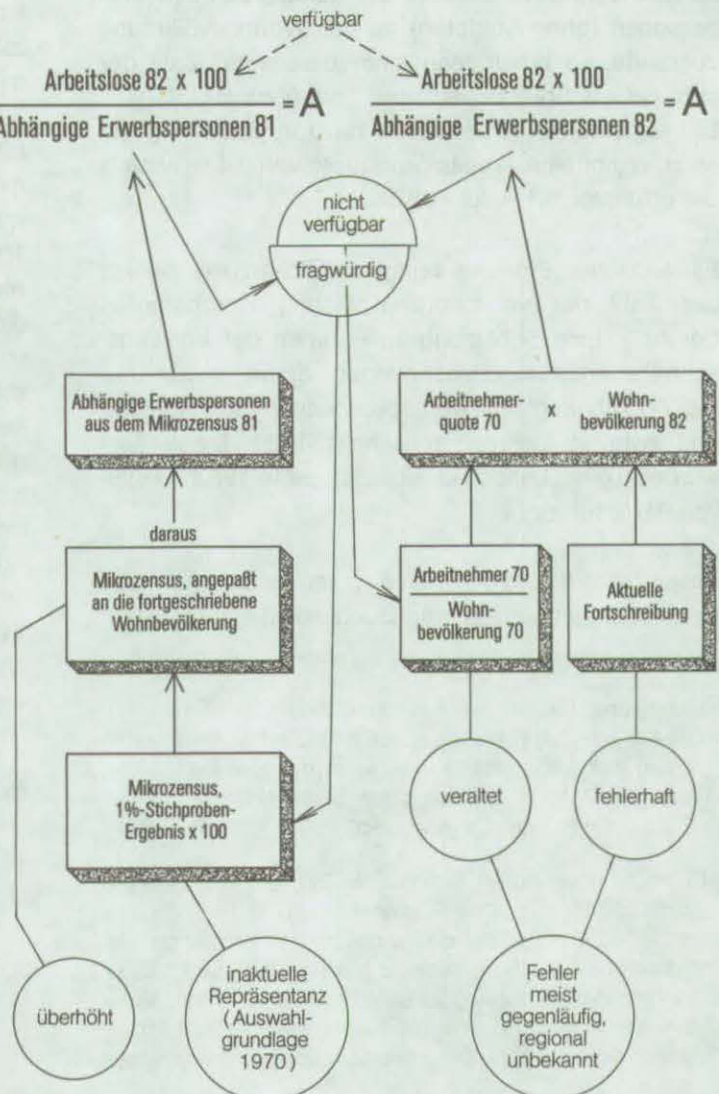
(z. B. 1982)

$$\frac{\text{Arbeitslose 82} \times 100}{\text{Abhängige Erwerbspersonen 81}} = A$$

Aktuell, regional

(z. B. 1982)

$$\frac{\text{Arbeitslose 82} \times 100}{\text{Abhängige Erwerbspersonen 82}} = A$$



übrigen Ergebnisse des Mikrozensus an diesen Einwohnerwert angepaßt. Die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung sind aber aufgrund des mangelhaften Meldeverhaltens der Bevölkerung — insbesondere Abmeldungen werden oft vergessen — offensichtlich nicht unerheblich überhöht. Daher führt diese Anpassungsmethode automatisch zu überhöhten Mikrozensus-Ergebnissen. Das Ausmaß dieser Überhöhungen läßt sich dabei schwer schätzen. Unterstellt man — durchaus nicht unrealistisch —, daß unser Meldesystem nach 1970 ähnlich fehleranfällig war wie in der Phase von 1961 — 1970, und daß sich die Anteile der für die Meldefehler maßgeblichen Bevölkerungsgruppen nicht stark verändert haben, so läßt sich die zwischen den Volkszählungen 1961 und 1970 festgestellte Überhöhung der Fortschreibung — 72 824 Fälle oder 2,9 % — für die Zeit von 1970 bis Ende 1982 schätzen. In Relation zum Wanderungsvolumen (den Zuzügen und Fortzügen über die Landesgrenze) würde sich demnach in dieser Zeit eine Überhöhung von gut 95 000 Fällen ergeben. Korrigiert man die Einwohnerzahl entsprechend und legt die beim Mikrozensus festgestellte Quote der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) an der Wohnbevölkerung zugrunde, so erhält man eine „bereinigte“ Zahl der abhängigen Erwerbspersonen von etwa 971 000⁴. Die registrierten Arbeitslosen dazu in Beziehung gesetzt, ergibt eine Arbeitslosenquote von 9,4 % anstatt der offiziellen 9,1 % für 1982.

Ein ähnliches Ergebnis bringt die Schätzung, die auf der Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten beruht⁵. Eine Schätzung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergibt sogar nur 922 000 abhängige Erwerbspersonen (ohne Soldaten), und zwar im Jahresdurchschnitt 1981. Diese Zahl würde zu einer Landesarbeitslosenquote 1982 in Höhe von 9,9 % führen.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß durch die Berechnungsmethode der Bundesanstalt für Arbeit

4) Rechnung: Die um den Fortschreibungsfehler in Höhe von 95 000 korrigierte Einwohnerzahl multipliziert mit der Erwerbsquote von 0,458 (1981) multipliziert mit dem Faktor 0,84, der den Anteil der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) 1981 an allen Erwerbspersonen 1981 darstellt

5) Versicherungspflichtig Beschäftigte (30. 6. 1982) und Beamte und Richter (ohne Soldaten) am 30. 6. 1982 und geschätzte Zahl der über die Landesgrenzen pendelnden Arbeitnehmer + Arbeitslose + geringfügig Beschäftigte (Schätzung) = Abhängige Erwerbspersonen (ohne Soldaten) am 30. 6. 1982. Über die Auspendler über die Landesgrenze liegen Stichprobenergebnisse aus dem Mikrozensus vor

die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein mit hoher Wahrscheinlichkeit zu niedrig ausgewiesen wird.

Die Berechnung der regionalen Arbeitslosenquoten

Da der Mikrozensus nur Ergebnisse für Bundesländer und Regierungsbezirke liefert, muß zur Berechnung von regionalen Arbeitslosenquoten ein anderes Verfahren angewandt werden. Schleswig-Holstein besteht aus den Arbeitsamtsbezirken Flensburg, Heide, Neumünster, Kiel, Lübeck, Elmshorn und Bad Oldesloe, die wiederum insgesamt in 37 Dienststellenbezirke eingeteilt sind. Um Arbeitslosenquoten für diese Arbeitsamts- und Dienststellenbezirke berechnen zu können, schätzt man die Bezugszahl „Abhängige Erwerbspersonen“, indem man die Zahl der fortgeschriebenen Einwohner des betreffenden Bezirks mit dessen Arbeitnehmerquote⁶ laut Volkszählung 1970 — aktuellere Zahlen gibt es nicht! — multipliziert.

Wie problematisch diese Methode ist, zeigt eine einfache Rechnung: Die Arbeitnehmerquote der Volkszählung 1970 für das Land betrug 34,4 %. Multipliziert mit der fortgeschriebenen Einwohnerzahl am 30. 6. 1981 in Höhe von 2 615 715 ergeben sich 899 806 abhängige Erwerbspersonen. Unter Bezugnahme auf diesen Nenner ergäbe sich eine Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1982 in Höhe von 10,2 %! Im Gegensatz zur oben dargestellten Mikrozensus-Methode sind in dieser Berechnungsart aber die Soldaten enthalten. Würde man sie herausrechnen, so käme man sogar auf eine Arbeitslosenquote von etwa 10,8 %! Wie im folgenden zu zeigen sein wird, kann dieses Ergebnis ebensowenig als treffend angesehen werden wie die offizielle Berechnung der Arbeitslosenquoten nach der Mikrozensus-Methode. Auch einem Laien wird schlaglichtartig klar, daß mit den Arbeitslosenquoten etwas nicht stimmen kann, wenn — wie im Juni 1980 in Rheinland-Pfalz — in sämtlichen 11 Arbeitsamtsbezirken die Quoten über der Landesquote gelegen haben.

Exkurs: Die Entwicklung der Erwerbsquote seit 1970

Wenn auch die Mikrozensus-Ergebnisse aus den oben genannten Gründen erheblich überhöht sind, so gibt es

6) Das ist das Verhältnis der abhängigen Erwerbstätigen (Angestellte, Arbeiter, Beamte und Soldaten) der VZ 1970 zuzüglich der registrierten Arbeitslosen am 31. 5. 1970 zu der Wohnbevölkerung der VZ 1970

doch keine gravierenden Hinweise darauf, daß ihre Struktur — also die Mengenverhältnisse der verschiedenen Gruppen zueinander — wirklichkeitsfremd ist. Der Mikrozensus zeigt durchaus auch im mehrjährigen Vergleich für eine Stichprobe eine relativ stabile Struktur und stimmt darin im wesentlichen mit anderen statistischen Ergebnissen überein. Es ist daher ohne weiteres vertretbar, Strukturzahlen des Mikrozensus zur Beschreibung aktueller Zustände heranzuziehen.

Ein Vergleich der Erwerbsquoten⁷ der Volkszählung 1970 mit dem Mikrozensus 1982 zeigt sehr deutlich, daß die der Berechnungsmethode der regionalen Arbeitslosenquoten zugrunde liegende Annahme eines seit 1970 konstanten Erwerbsverhaltens der Bevölkerung nicht aufrechtzuhalten ist. Diese Annahme drückt sich ja in der Verwendung der Arbeitnehmerquote 1970 aus. In diesen 12 Jahren ist nämlich die allgemeine Erwerbsquote um rund 5 Prozentpunkte von 41,4 % auf 46,2 % gestiegen. Aussagekräftiger sind jedoch altersbezogene Erwerbsquoten. Vergleicht man die Quoten der Bevölkerung im Erwerbsalter — das sind die 15- bis 64jährigen — von 1970 und 1982, so zeigen sich erstaunliche Unterschiede:

Erwerbsquote der 15- bis 64jährigen	Volkszählung 1970	Mikrozensus 1982
Männlich	89,3 %	84,3 %
Weiblich	42,7 %	52,4 %
Insgesamt	65,1 %	68,4 %

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist in diesen 12 Jahren also um gut ein Fünftel gestiegen. Da die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 15 bis 19 aufgrund längerer Ausbildungszeiten von 60 % auf 40 % gesunken ist und auch die über 60jährigen Frauen deutlich seltener auf dem Arbeitsmarkt auftreten — vermutlich durch Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze, durch Rückgang der Mithilfe von Familienangehörigen u. a. — ist diese Entwicklung ausschließlich auf die 20- bis 59jährigen zurückzuführen und hier insbesondere auf die Altersgruppe der 25- bis 39jährigen, deren Erwerbsquote seit 1970 um fast die Hälfte auf 63,6 % gestiegen ist. An

dieser Stelle kann man nur ohne weitere Interpretation darauf hinweisen, daß sehr viele Frauen heute offenbar eine Erwerbstätigkeit gänzlich anders bewerten als früher.

Das Absinken der Erwerbsquote der 15- bis 64jährigen Männer beschränkt sich auf die unter 30jährigen — auch hier sind längere Ausbildungszeiten maßgeblich — und die über 55jährigen, wobei der Rückgang bei der Altersgruppe 60 — 64 von 74 % auf 49 % bei weitem am stärksten war. Hauptanteil daran dürfte die Einführung der flexiblen Altersgrenze nach 1970 haben.

Der das veränderte Erwerbsverhalten beschreibende kleine Exkurs sollte deutlich machen, wie fragwürdig die der Errechnung der regionalen Arbeitslosenquoten zugrunde liegende Annahme eines konstanten Erwerbsverhaltens seit 1970 ist. Dabei beziehen sich die oben beschriebenen Veränderungen auf das Land, stellen also bereits Durchschnittswerte dar. Daß die Verhältnisse in den einzelnen Dienststellenbezirken davon erheblich abweichen, ist vor allem aufgrund der vielen demografischen Veränderungen — Abwanderungen wegen fehlender Arbeitsplätze, Zuzüge von Ausländern u. a. m. — sicher. Doch wie groß diese Veränderungen sind, läßt sich nicht sagen, weil das statistische Material fehlt. Bereits 1970 hatten die Dienststellenbezirke der Arbeitsverwaltung sehr unterschiedliche Arbeitnehmerquoten: Während die kreisfreien Städte Kiel und Lübeck sowie das Hamburger Umland damals deutlich überdurchschnittliche Arbeitnehmerquoten aufwiesen, lag insbesondere das Gebiet an der Westküste erheblich darunter. Das gilt für die Arbeitnehmerquoten der Männer wie der Frauen. Bei den Frauen betrug die Arbeitnehmerquote der Volkszählung 1970 im Lande 21,4 %, lag im Gebiet um Hohenwestedt jedoch mit 12,8 % am unteren und im Gebiet um Pinneberg mit 27,5 % am oberen Punkt der Skala. Beide Dienststellenbezirke wiesen auch bei den Männern die Extremwerte auf: Hohenwestedt mit 36,8 % und Pinneberg mit 54,4 %, während die Landesquote 48,7 % betrug.

Nach der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ab 30. 6. 1974 quartalsweise auch regionale Ergebnisse ausweist, ist die Entwicklung dieser Arbeitsplätze im Kreis Ostholstein und in den kreisfreien Städten Flensburg, Lübeck und Kiel negativ verlaufen, sehr positiv dagegen in den Hamburg-Randkreisen Segeberg und Stormarn sowie in den Kreisen Schleswig-Flensburg, Dithmarschen, Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde. Auch hier zeigt sich das starke Anwachsen der Frauenbeschäftigung; denn während landesweit die männlichen Beschäftigten in diesen 7 Jahren etwa konstant geblieben sind, nahm die Zahl

7) Das ist die Relation zwischen den Erwerbstätigen zuzüglich der Arbeitslosen zu der Wohnbevölkerung. Die Vergleichszahlen von 1970 beruhen allerdings auf dem Verhältnis der Erwerbstätigen allein zu der Wohnbevölkerung. Wegen der damals außerordentlich niedrigen Arbeitslosenzahlen - Ende Mai 1970 gab es nur rund 5 600 registrierte Arbeitslose in Schleswig-Holstein - ist ein solcher Vergleich jedoch ohne weiteres zulässig

der weiblichen Beschäftigten um 10 % zu. Bekanntlich hat die steile konjunkturelle Abwärtsbewegung seit 1980 insbesondere von Männern besetzte Arbeitsplätze gekostet. Selbst konjunkturbereinigt bleibt jedoch eine überproportionale Zunahme der Frauenbeschäftigung, die sich aber, wie gesagt, regional sehr unterschiedlich verteilt hat.

Ein Vergleich der Beschäftigungsquoten⁸ von 1974 bis 1980⁹ bestätigt die aufgezeigten Entwicklungen. Trotz Vernachlässigung des Pendlerproblems und trotz fehleranfälliger Fortschreibung ist die Tatsache einer um etwa 3 Punkte gestiegenen Beschäftigungsquote in den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland ein schwer widerlegbares Indiz für eigenständige Beschäftigungsentwicklungen, zumal die fortgeschriebene Wohnbevölkerung im 6jährigen Vergleichszeitraum sich dort nur geringfügig verändert hat.

Es bleibt also festzustellen, daß die Verwendung der Arbeitnehmerquote von 1970 wegen des veränderten Erwerbsverhaltens nicht nur zu überhöhten regionalen Arbeitslosenquoten führt, sondern auch offensichtlich falsche regionale Akzente setzt.

Regionale Komponente des Fortschreibungsfehlers

Der Tendenz zur Überhöhung der regionalen Arbeitslosenquote durch Verwendung der zu niedrigen Arbeitnehmerquoten der Volkszählung 1970 wirkt aber der zweite Berechnungsfaktor, nämlich die aktuelle fortgeschriebene Einwohnerzahl entgegen, sofern sie überhöht ist. Einen Überhöhungseffekt um gut einen¹⁰ Prozentpunkt durch die Arbeitnehmerquote von 1970 steht ein Verminderungseffekt um etwa 0,3 Prozentpunkte durch den Fortschreibungsfehler 1982 entgegen, beides gewichtet auf das Land bezogen. Im „Landesmittel“ sind also die regionalen Arbeitslosenquoten um etwa 0,7 Prozentpunkte für das Jahr 1982 zu hoch.

Es wäre allerdings grob verfälschend, sich den wirklichen regionalen Arbeitslosenquoten dadurch annä-

8) Hier als Anteil der versicherungspflichtig Beschäftigten an der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung definiert

9) Das Vergleichsjahr 1980 wurde wegen der geringeren konjunkturellen Störung gewählt

10) Wenn allerdings die Soldaten aus der Arbeitnehmerquote von 1970 herausgerechnet würden – was korrekt wäre – betrüge dieser Abstand sogar etwa 1,7 Prozentpunkte

hern zu wollen, daß man überall einfach 0,7 Prozentpunkte abzieht, denn neben der Arbeitnehmerquote fällt auch der Fortschreibungsfehler regional sehr unterschiedlich aus. Gegenüber der seit 1961 fortgeschriebenen Bevölkerungszahl wurde bei der Volkszählung 1970 im Landesdurchschnitt eine Überhöhung der Einwohnerzahl von 2,9 % festgestellt, in Ostholstein war sie jedoch mit 7,0 % am höchsten, gefolgt von Nordfriesland mit 5,8 %. Es gab gleichzeitig aber auch weite Gebiete, in denen bei der Volkszählung 1970 eine höhere Einwohnerzahl festgestellt wurde als bei der Fortschreibung. Man kann lediglich verallgemeinernd sagen, daß in Gebieten mit hohen Fortschreibungsfehlern die Arbeitslosenquote – so paradox das klingt – wirklichkeitsnäher ist als anderswo. Oder umgekehrt: Je genauer die Fortschreibung, desto überhöhter die Arbeitslosenquote. Echte regionale Arbeitslosenquoten lassen sich also nicht über den Ansatz „Wohnbevölkerung mal Arbeitnehmerquote“ finden. Andere Ansätze lassen sich wegen der unsicheren Datenlage ebenfalls nicht verfolgen. Es wäre zwar grundsätzlich möglich, hinreichend genau die in den einzelnen Dienststellenbezirken beschäftigten Arbeitnehmer (Angestellte, Arbeiter und Beamte, außer Soldaten) festzustellen; um jedoch zu der Bezugsgröße der abhängigen Erwerbstätigen zu kommen, müßte man Aussagen über den Pendleraustausch mit anderen Regionen haben. Nur dann läßt sich die Verbindung von den Beschäftigten (am Arbeitsort) zu den Erwerbstätigen (am Wohnort) herstellen.

In diesem Zusammenhang sollte die Frage erlaubt sein, ob denn zur statistischen Messung von Arbeitslosigkeit unbedingt der Bezug „Arbeitslose zu abhängigen Erwerbspersonen“ gebildet werden muß. Es erscheint durchaus vernünftig, sich auch mit dem Indikator „Arbeitslose zu beschäftigten Arbeitnehmern“ in einer Region zu befassen, einer Quote, die das Verhältnis von Arbeitslosen, also Beschäftigung Nachfragenden, zu den vorhandenen Arbeitsplätzen ausdrückt. Es könnte sogar ausreichend sein, diese Beziehung auf die Angestellten und Arbeiter zu beschränken, also die eigentlich arbeitsmarktpolitisch relevanten Gruppen, da Beamte einschließlich der Soldaten arbeitsrechtlich ja eine Sonderstellung haben. Derartige „Arbeitslosenquoten“ wären allerdings nur dann aussagekräftig, wenn sie relativ geschlossene regionale Arbeitsmärkte repräsentierten, wobei man zu deren Abgrenzung natürlich ausreichendes regional tief gegliedertes Datenmaterial benötigt.

Hier schließt sich wieder der Kreis. Seit Jahren fehlen die wichtigsten regionalen Eckzahlen zur Beurteilung wirtschaftlicher und demografischer Entwicklungen.

Wir wissen heute nicht, wieviele Erwerbstätige in den Gemeinden unseres Landes wohnen, wir wissen noch nicht einmal, wieviele Erwerbstätige oder Erwerbspersonen in den Kreisen und Arbeitsamtsbezirken wohnen, geschweige denn, wieviele von ihnen den Selbständigen, den mithelfenden Familienangehörigen, den Beamten, Angestellten oder Arbeitern zuzurechnen sind. Wir wissen erst recht nichts über die täglichen berufsbedingten Pendelwanderungen und damit über die Arbeitsmarktrelevanz unserer Zentralorte. Das bedeutet letztlich, daß gesetzliche Aufträge wie zum Beispiel der im § 6 Arbeitsförderungsgesetz genannte Auftrag zur laufenden Beobachtung und Untersuchung des Arbeitsmarktes gar nicht mehr ausreichend wahrgenommen werden können. Trauriger Tiefpunkt der gegenwärtigen statistischen Mängel­lage ist aber die gravierende Unsicherheit im bevölkerungsstatistischen Bereich. Wenn bei der Volkszählung 1970 beispielsweise für den Kreis Ostholstein festgestellt werden mußte, daß die Wohnbevölkerung nicht 189 000 Einwohner, wie bei der Fortschreibung ermittelt, sondern nur 176 000 betrug, so wird das Ausmaß der Fehlleitung bei wesentlichen Planungen — zum Beispiel über den künftigen Bedarf an Krankenhausbetten, Berufsschulklassen o. a. — deutlich. Dies ist umso gravierender, weil der gegenwärtige Fortschreibungsfehler aller Wahrscheinlichkeit nach wesentlich höher als der von 1970 ist. Was jedoch für den Kreis gilt, gilt erst recht für die Verhältnisse in einzelnen Gemeinden. Wenn zum Beispiel in einer Gemeinde desselben Kreises 1970 statt fortgeschriebener 10 300 Einwohner nur 5 700 gezählt wurden, dann kann man eigentlich nur noch kommentarlos die Unmöglichkeit jeglicher gemeindlicher Entwicklungsplanung auf solchen „Grundlagen“ feststellen. Und nicht nur dies: Die amtlich festgestellte fortgeschriebene Einwohnerzahl ist in Schleswig-Holstein Bezugsgröße für etwa 90 Gesetze und Verordnungen, die weitreichende Folgen für die Bürger unseres Landes, zum Beispiel das Ausmaß der kommunalen Finanzausstattung, haben.

Das Faktum der überhöhten regionalen Arbeitslosenquoten läßt nun beileibe nicht den Schluß zu, daß die regionale Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein relativ zu anderen Bundesländern günstiger sei als offiziell dargestellt. Das Gegenteil dürfte eher richtig sein, denn das gestiegene Interesse an einer Berufstätigkeit — dadurch steigt ja die Arbeitnehmerquote — ist kein landesspezifisches Phänomen. Nach den Erfahrungen von 1970 dürfte der Fortschreibungsfehler in

Schleswig-Holstein jedoch höher als in den meisten anderen Bundesländern sein. Das hat vor allem mit unserem überproportionalen Anteil an Bundeswehr und Fremdenverkehr zu tun. Wenn also das eingangs erwähnte Schwerpunktprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für schleswig-holsteinische Arbeitsmarktregionen keine Mittel übrig hatte, so mag das durchaus (auch) an der Statistik gelegen haben.

Zusammenfassung

Durch die Anpassung des Mikrozensus an das überhöhte Niveau der Bevölkerungsfortschreibung fallen auch dessen Ergebnisse zu hoch aus. Da die abhängigen Erwerbspersonen aus dem Mikrozensus den Nenner der Landesarbeitslosenquote bilden, ist die offizielle Arbeitslosenquote mit hoher Wahrscheinlichkeit um mindestens 0,3 Prozentpunkte zu niedrig.

Auch das von der Bundesanstalt für Arbeit vorgeschriebene Verfahren zur Berechnung der regionalen Arbeitslosenquoten führt inzwischen zu falschen Ergebnissen. Es sieht eine Ermittlung der abhängigen Erwerbspersonen durch Multiplikation der aktuellen fortgeschriebenen Einwohnerzahlen mit den jeweiligen Arbeitnehmerquoten der Volkszählung 1970 vor. Einerseits ist die Erwerbsquote seit 1970 kräftig gestiegen, so daß die Verwendung der regionalen Arbeitnehmerquoten von 1970 tendenziell zu überhöhten regionalen Quoten führt. Andererseits wirken jedoch zu hohe Fortschreibungszahlen in die entgegengesetzte Richtung. Wegen der unbekanntenen regionalen Entwicklung des Erwerbsverhaltens und der unsicheren Fortschreibungszahlen läßt sich aber nicht schätzen, wie fehlerhaft die regionalen Arbeitslosenquoten sind. Im Landesdurchschnitt werden die regionalen Arbeitslosenquoten ungefähr um 0,7 Prozentpunkte zu hoch ausgewiesen. Beeindruckend ist in diesem Zusammenhang das Beispiel Rheinland-Pfalz, wo die Arbeitslosenquoten der Arbeitsamtsbezirke sämtlich über der Landesarbeitslosenquote liegen.

Nur eine baldige Volkszählung kann wieder für sichere statistische Aussagen über die tatsächliche Beschäftigung sorgen.

Jörg Rüdell

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1960 bis 1982

Vorbemerkungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges Bild der wirtschaftlichen Abläufe und der damit verbundenen Tätigkeiten und Vorgänge in einer Volkswirtschaft zu geben, wobei versucht wird, die Zusammenhänge im Wirtschaftskreislauf deutlich zu machen. Während der kreislauftheoretische Zusammenhang zwischen makroökonomischen Größen noch schlüssig und einleuchtend dargestellt werden kann, stößt man bei der Quantifizierung auf erhebliche Probleme. Manche Komponenten der Gesamtrechnung können in Ermangelung hinreichend exakten statistischen Basismaterials nur näherungsweise ermittelt werden. Es ist erforderlich, die Konzepte und Definitionen von Zeit zu Zeit zu überprüfen und auf die sich ausweitenden und zum Teil wandelnden Verwendungszwecke abzustimmen. Dazu gehört auch, alle anfallenden wichtigen neuen statistischen Informationen, insbesondere aus aktuellen Erhebungen, in die Berechnungen einzuarbeiten. Anlässlich der Methodenrevisionen werden auch bereits vorhandene Ergebnisse früherer Jahre überrechnet, um einen Bruch in der Zeitreihe zu vermeiden.

Die Ergebnisse der Gesamtrechnung können theoretisch für beliebig abgegrenzte Regionen ermittelt werden. Für die Bundesrepublik Deutschland stehen sie regelmäßig zur Verfügung, und zwar wird der Vergleichbarkeit wegen ein international vereinbarter Methodenstandard angestrebt. Für die Bundesländer führen die Statistischen Landesämter gemeinschaftlich und ebenfalls regelmäßig Eigenberechnungen durch, wobei allerdings die Methode des Statistischen Bundesamtes richtungweisend ist und als Grundsatz gilt, daß die Summe der Länderergebnisse den zum Berechnungszeitpunkt bereits bekannten Bundeswert ergeben muß.

Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse und damit der Methode erfordert es, daß Revisionen des Bundesergebnisses, für die wiederum internationale Anpassungen ursächlich sein können, von den Statistischen Landesämtern nachvollzogen werden. Mit dem Berechnungsstand Herbst 1979 hatte das Statistische Bundesamt revidierte Ergebnisse für die jährliche Zeitreihe ab 1960 vorgelegt¹. Obwohl die Bundesergeb-

nisse aufgrund internationaler Anforderungen inzwischen erneut revidiert wurden², entschloß sich der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ dazu, nicht die neuerliche Revision abzuwarten, sondern im Interesse der Statistikbenutzer vergleichbare Länderdaten mit den Verbesserungen der erstgenannten Revision kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Das hat den Vorteil, daß diese Werte — im Gegensatz zu denen der noch bevorstehenden Revision — durchaus noch mit den diesmal auf Länderebene unrevidiert gebliebenen der Jahre 1960 bis 1969 in eine Zeitreihe gestellt werden können. Die Ergebnisse wurden im März 1983 veröffentlicht³; im dazugehörigen Textteil wird — wie auch in den zitierten Fachserien — auf die Methoden und ihre Revisionsursachen ausführlich eingegangen. Im folgenden werden zum besseren Verständnis den hier näher darzustellenden Ergebnissen für Schleswig-Holstein Erläuterungen zu den allgemeinen Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung jeweils vorangestellt.

Entstehungsrechnung

Das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt kann zweierlei sein, nämlich entweder ein Inlandsprodukt oder ein Inländerprodukt, wobei man das Inländerprodukt in der Regel als Sozialprodukt bezeichnet. Als „Inländer“ für das Gesamtprodukt Schleswig-Holsteins werden alle Personen und Institutionen (zum Beispiel Unternehmen und Gebietskörperschaften) mit ständigem (Wohn-)Sitz in Schleswig-Holstein betrachtet⁴. Das Sozialprodukt stellt also einen Niederschlag der wirt-

1) Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1978, Stuttgart/Mainz, November 1979

2) Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S.5 Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981, Stuttgart/Mainz, Oktober 1982

3) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 12: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1981, Stuttgart/Mainz, März 1983

4) Zur Frage der Darstellungseinheit (Unternehmen oder Betrieb) und der damit verbundenen Regionalisierung wirtschaftlicher Aktivität siehe Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, a. a. O., S. 20 ff.

schaftlichen Betätigung dieser „Inländer“ dar, eine Betätigung, die sie nicht nur innerhalb Schleswig-Holsteins, sondern auch in der „übrigen Welt“ in der Produktion, als Einkommensbezieher und als Verbraucher ausüben können.

Das Inlandsprodukt mißt dagegen die wirtschaftliche Aktivität einer Region, hier des Landes Schleswig-Holstein. An seiner Erstellung nehmen auch „Ausländer“ teil, wobei unter „Ausländern“ die ständigen Bewohner der „übrigen Welt“ verstanden werden. Die Differenz zwischen dem Inländerprodukt und dem Inlandsprodukt wird als „Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt“ bezeichnet: Von den Einkommen, die Einwohner Schleswig-Holsteins außerhalb unseres Landes beziehen, werden die Einkommen subtrahiert, die Personen mit Wohnsitz außerhalb Schleswig-Holsteins in unserem Lande erzielen. Zu den Einwohnern Schleswig-Holsteins gehören alle Personen, die nach den Grundsätzen der Bevölkerungsfortschreibung zur Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins gehören. Hierbei spielt die Staatsangehörigkeit keine Rolle; also auch die ausländischen Arbeitskräfte, die in Schleswig-Holstein wohnen, gehören zu den Einwohnern unseres Landes. Ein Einwohner Schleswig-Holsteins, der in Hamburg arbeitet, trägt mit seiner Arbeitsleistung in Schleswig-Holstein zum Sozialprodukt (= Inländerprodukt) bei, nicht aber zum Inlandsprodukt; dagegen trägt er in Hamburg zum dortigen Inlandsprodukt, nicht aber zum Sozialprodukt bei.

In der sogenannten „Drei-Seiten-Rechnung“ kommt — je nachdem, ob die Produktion, Verteilung oder Verwendung von Gütern und Diensten oder die damit eng verbundene Entstehung, Verteilung oder Verwendung von Einkommen im Vordergrund der Betrachtung steht — das Inlands- oder das Inländerkonzept zum Tragen. In der Entstehungsrechnung wird das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt über den Produktionswert der erstellten Güter und der geleisteten Dienste ermittelt. Nach Abzug aller jener Größen vom Produktionswert, die im Zuge des Produktionsprozesses nicht zu Einkommen im Sinne der Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital führen, verbleibt letztlich das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten oder die bereinigte Nettowertschöpfung. Die beiden letztgenannten Begriffe sind die identischen Endergebnisse zweier unterschiedlicher Varianten der Entstehungsrechnung, die beide auf dem Inlandskonzept beruhen. Der Unterschied liegt in der Behandlung der Einfuhrabgaben (Zölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfung), die je nach der Außenhandelspolitik unterschiedlich hoch sein können und den internationalen

Vergleich stören. Bei einer früheren Revision der Gesamtrechnung (1976) ist daher zusätzlich die Bruttowertschöpfung ins Konzept eingeführt worden. Sie hat gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen den Vorteil, daß die Einfuhrabgaben nicht mehr enthalten sind. Die Grafik soll die Entstehungsrechnung und ihre Rechenschritte zusätzlich verdeutlichen:

Im Jahre 1979 wurden in Schleswig-Holstein Güter und Dienstleistungen im Wert von 130,9 Mrd. DM produziert⁵. Dazu waren Vorleistungen anderer Unternehmen für Materialeinsatz, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Telefonkosten, Steuerberatung u. ä. im Werte von 80,5 Mrd. DM nötig. Hierin sind auch die Einfuhrabgaben enthalten (1,2 Mrd. DM). Es verbleibt eine (unbereinigte) Bruttowertschöpfung von 50,4 Mrd. DM.

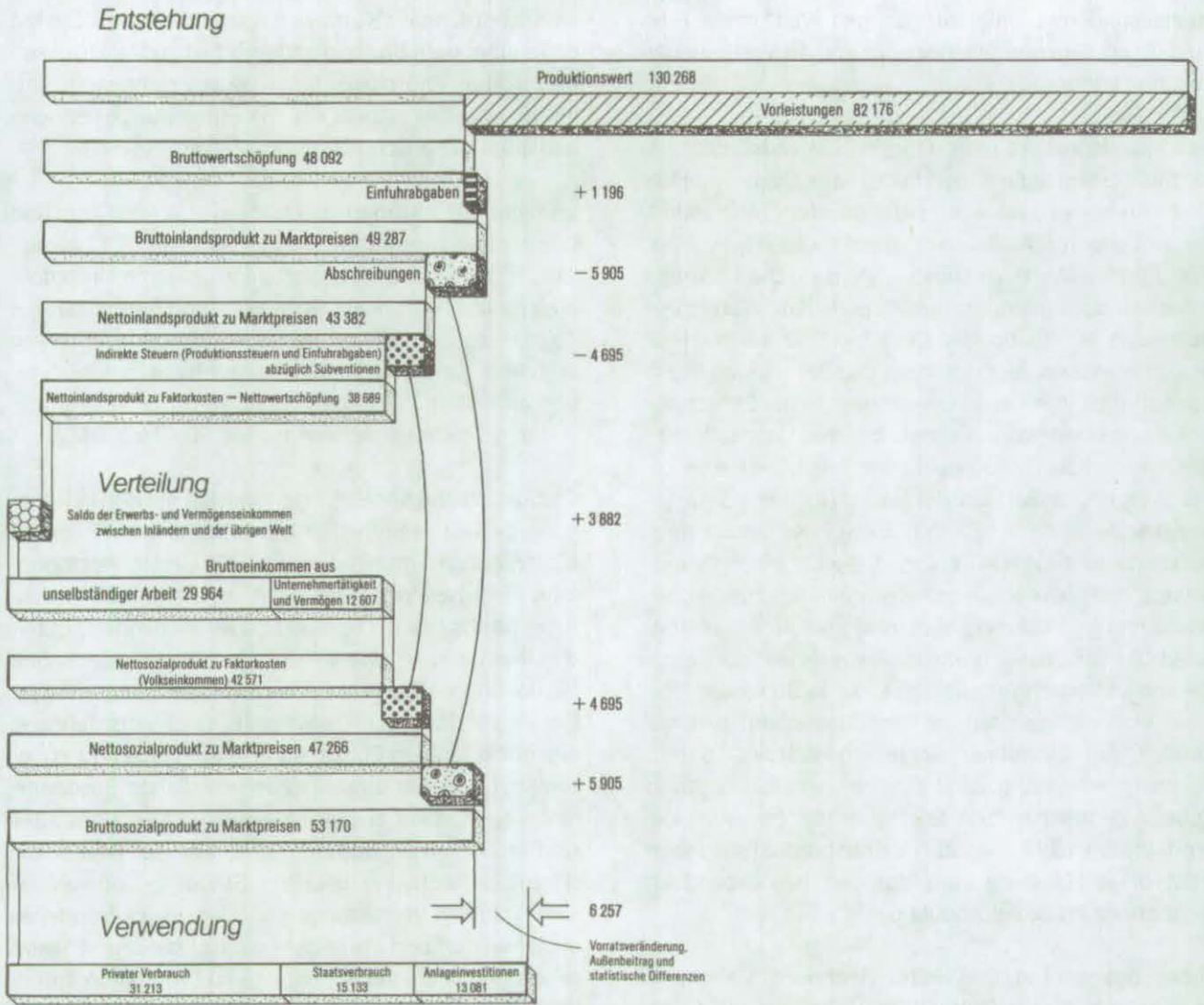
Produktion und Vorleistungen werden mit den in Rechnung gestellten Entgelten bewertet, und zwar jeweils einschließlich Umsatzsteuer⁶. Die Bruttowertschöpfung wird „bereinigt“, das heißt um die auf die Investitionen entfallende Mehrwertsteuer vermindert, damit die Investitionen wie in der Verwendungsrechnung (s. u.) ohne Mehrwertsteuer nachgewiesen werden. Der Begriff „Investition“ ist in der Entstehungsrechnung eigentlich fehl am Platze, da er Güterverwendung bezeichnet. Nur der umsatzsteuerrechtlichen Besonderheit wegen spielt er hier eine Rolle. Investitionsgüter sind faktisch mehrwertsteuerfrei, weil der Käufer die darauf in Rechnung gestellte Steuer — obwohl es sich nicht um Vorleistungen handelt — als Vorsteuer abziehen darf und sie sogar erstattet bekommt, wenn sie größer ist als die auf die eigene Produktion entfallende Umsatzsteuer. Sowohl die Bruttowertschöpfung, die diese Beträge in Form der Produktionssteuer der Produzenten von Investitionsgütern enthält, als auch die im späteren Rechengang abzusetzenden geschuldeten Steuern (Differenz zwischen in Rechnung gestellter und abzugsfähiger Umsatzsteuer) sind daher entsprechend zu vermindern.

Die bereinigte Bruttowertschöpfung enthält ferner nicht mehr die unterstellten Entgelte für Bankdienst-

5) Aus der Gesamtrechnung liegen vorläufige Zahlen auch für 1980, 1981 und 1982 vor, allerdings noch nicht für alle Begriffe und in der für die folgende Darstellung nötigen Gliederungstiefe

6) Die in den Vorbemerkungen genannte neuerliche Revision des Statistischen Bundesamtes hat u. a. den Übergang auf das sog. „Nettosystem“ zum Inhalt, d. h. den um die Umsatzsteuer bereinigten Nachweis

Sozialprodukt in Schleswig-Holstein 1979 in Millionen DM



leistungen, die im wesentlichen in dem Unterschiedsbetrag zwischen Soll- und Habenzinsen begründet liegen. Diesem fiktiven Entgelt steht eine Dienstleistung des Bankensektors gegenüber, die — im Gegensatz zu den Bankspesen wie Buchungsgebühren, Provisionen u. ä. — in den Vorleistungen der einzelnen Bereiche nicht nachgewiesen werden kann. Ohne diese fiktive Berücksichtigung würde ein Teil der Wertschöpfung des Bankensektors doppelt gezählt werden, denn dort rechnen sie zum Produktionswert, damit die Wertschöpfung der Banken mit der der anderen Bereiche vergleichbar ist.

Die Bereinigung kann aus verschiedenen Gründen nur an der Summe der Unternehmensbereiche erfolgen.

Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck sind davon ausgenommen. In der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen liegt die Wertschöpfung (brutto und netto) nur unbereinigt vor.

Die bereinigte Bruttowertschöpfung betrug 1979 48,1 Mrd. DM. Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich durch Addition der Einfuhrabgaben, ist also wie die bereinigte Bruttowertschöpfung nicht mehr nach Wirtschaftsbereichen darstellbar. Es betrug 49,3 Mrd. DM.

Zur Verdeutlichung der obigen Ausführungen sei am Beispiel des Jahres 1979 aufgezeigt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt für Schleswig-Holstein aus den Ergebnissen für die Wirtschaftsbereiche ableitet:

<i>Bruttowertschöpfung (unbereinigt) der Wirtschaftsbereiche</i>	<i>Mill. DM</i>
<i>Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei</i>	2 890
<i>Warenproduzierendes Gewerbe</i>	19 771
<i>Handel und Verkehr</i>	7 550
<i>Dienstleistungsunternehmen</i>	11 028
<i>Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche insgesamt (unbereinigt)</i>	41 239
<i>abzüglich:</i>	
<i>Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen und Vorsteuerabzug für Investitionen¹</i>	2 291
<i>Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt (bereinigt)</i>	38 948
<i>Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	9 144
<i>Bruttowertschöpfung insgesamt</i>	48 092
<i>Einfuhrabgaben</i>	1 196
<i>Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen</i>	49 287

1) Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen

Das Bestimmungswort „brutto“ für den Begriff Inlandsprodukt und Wertschöpfung kann durch „netto“ ersetzt werden, wenn die Abschreibungen in Abzug gebracht worden sind. In der Gesamtrechnung wird damit der verschleiß- und alterungsbedingten Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens Rechnung getragen. Es wird dabei versucht, steuerrechtlich verursachte Besonderheiten der Abschreibungen, die häufig Anreizparameter der Wirtschaftspolitik sind, zu eliminieren. Das Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen betrug 1979 43,4 Mrd. DM. Die dieser Berechnungsstufe entsprechenden Größen werden zur Charakterisierung der volkswirtschaftlichen Leistung kaum (Inlandsprodukt) bzw. nicht (Wertschöpfung) verwendet. Bei der Wertschöpfung wird lediglich nach „brutto“ und „netto“ (s. u.) unterschieden. Der Zusatz „zu Marktpreisen“ oder „zu Faktorkosten“ wird daher in aller Regel weggelassen⁷.

7) Auch beim Bruttoinlandsprodukt wird, da es ohnehin meistens nur zu Marktpreisen berechnet wird, häufig auf einen entsprechenden Zusatz verzichtet

Das Nettoinlandsprodukt erhält den Zusatz „zu Faktorkosten“, wenn die indirekten Steuern ab- und die Subventionen hinzugerechnet werden. Die indirekten Steuern sind Produktionssteuern und Einfuhrabgaben. Sie belasten die Produktion bzw. die Umsätze von Waren und Dienstleistungen, den Einsatz der Produktionsfaktoren sowie die Einfuhr von Waren und Diensten, ohne daß sie zu Einkommen führen. Bei den Subventionen ist es umgekehrt.

Da in der Wertschöpfung die Einfuhrabgaben nicht mehr enthalten sind, dürfen zur Ermittlung der Nettowertschöpfung lediglich die geschuldeten (mit den Vorsteuern saldierten) Produktionssteuern, und zwar wie auch beim Inlandsprodukt ohne die abzugsfähige Vorsteuer auf Investitionen, abgezogen werden. Die Unterschiede in der Berechnung der Wertschöpfungs- und der Inlandsproduktgrößen sind nach diesem Rechenschritt aufgehoben: Die bereinigte Nettowertschöpfung ist rechnerisch identisch mit dem Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (38,7 Mrd. DM).

Bevor die Ergebnisse der Entstehungsrechnung in der Zeitreihe, im Ländervergleich und nach Wirtschaftsbereichen dargestellt werden, seien kurz die Besonderheiten der Entstehungsrechnung genannt, die für den Staat, die privaten Haushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gelten:

Während der übliche Gang der Entstehungsrechnung vom Produktionswert und seinen Komponenten über die Vorleistungen bis zur Bruttowertschöpfung und weiter nach Berücksichtigung der Abschreibungen, indirekten Steuern und Subventionen zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten führt, geht die Entstehungsrechnung des Staates umgekehrt von den staatlichen Personalausgaben aus, die dem Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten entsprechen. Durch Addition der von staatlichen Institutionen gezahlten indirekten Steuern und der Abschreibungen des Staates — empfangene Subventionen sind nur im Sektor Unternehmen zu berücksichtigen — zu den Personalausgaben ergibt sich die Bruttowertschöpfung des Staates, aus der dann durch Addition der Vorleistungen — zusammengesetzt aus den Käufen für die laufende Produktion und den Käufen für selbsterstellte Anlagen — der Produktionswert ermittelt wird.

Für die privaten Haushalte — sie beschäftigen die Berufsgruppe „häusliche Dienste“ — und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wird analog verfahren.

Das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1982

Das in jeweiligen Preisen gerechnete Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins hat sich von 1960 bis 1982 nahezu versechsfacht (+ 477 %). Demgegenüber steht eine Zuwachsrate von 429 % im gesamten Bundesgebiet. Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Entwicklung auf diese lange Sicht in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut verlief. Der Anteil des Landes am Bundesgebiet hat sich von 3,31 % im Jahre 1960 auf 3,58 % 1982 erhöht. Zum Vergleich: Der Einwohneranteil Schleswig-Holsteins am Bund betrug 1960 4,13 % und 1982 4,25 %. Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins wuchs im Jahresdurchschnitt um 8,3 %, das des Bundesgebietes nur um 7,9 %.

Von wirtschaftlichem Wachstum kann allerdings nur gesprochen werden, wenn außer dieser nominalen auch die reale, also um Preissteigerungen bereinigte Veränderungsrate positiv ist. Die Ergebnisse der Gesamtrechnungen werden deshalb für solche Betrachtungen auf einen einheitlichen Preisstand gebracht und als solche zusätzlich veröffentlicht. Für

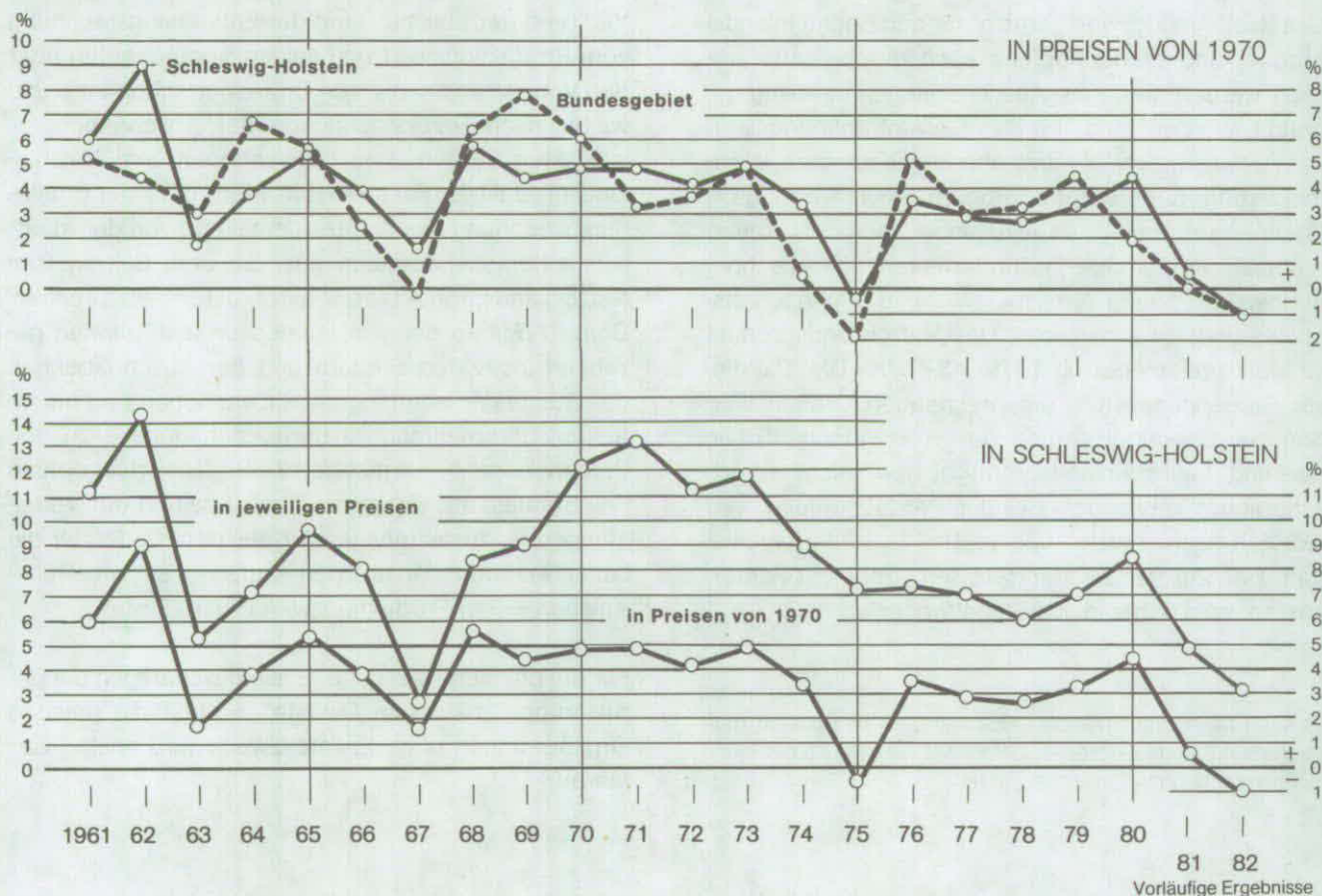
die Länderergebnisse ab 1960 gelten dafür z. Zt. die Preise von 1970.

Die herausgerechneten Preissteigerungen sind die nach der jeweiligen Zusammensetzung des Inlandsprodukts gewogenen Preisveränderungen sämtlicher erstellten Güter und erbrachten Dienstleistungen einschließlich der Vorprodukte. Es handelt sich also keineswegs um den Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei dem für einen konstanten Warenkorb der Güter und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs die Preissteigerungen ermittelt werden.

Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins hat sich im Zeitraum 1960 bis 1982 real um 117 % (Bundesgebiet: 107 %) oder jahresdurchschnittlich um 3,6 % erhöht (Bundesgebiet: 3,4 %). Schleswig-Holstein nimmt mit seiner durchschnittlichen realen Wachstumsrate dieses Zeitraumes im Vergleich der Bundesländer hinter Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen den 5. Platz der Rangfolge ein, im Zeitraum 1970 bis 1982 hinter Bayern sogar den 2. Platz.

Bruttoinlandsprodukt 1961 bis 1982

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



An den jährlichen realen Zuwachsraten der Grafik können sehr deutlich die Konjunkturzyklen abgelesen werden. Dabei fällt auf, daß mit Ausnahme der Jahre 1961 und 1962 die Auf- und Abschwünge in Schleswig-Holstein wesentlich gedämpfter verlaufen als im Bundesgebiet. Das hängt mit der besonderen Wirtschaftsstruktur unseres Landes zusammen, deren stark ausgeprägte Sektoren Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und Staat mit Untersektor Verteidigung die Konjunktur stabilisieren, andererseits aber auch den am Bevölkerungsanteil gemessen relativ niedrigen Anteil Schleswig-Holsteins am Bruttoinlandsprodukt bewirken.

Die Wachstumsrate war 1982 wie schon 1975 in Bund und Land negativ. Davor gab es ein Minusvorzeichen nur beim Bundesgebiet, und zwar im Rezessionsjahr 1967. Daß die Länderergebnisse ab 1980 nur vorläufige sind und die Veränderungsrate des Bundesgebietes bereits nach dessen neuer Preisbasis 1976 gerechnet wurde, ändert nichts an der Erkenntnis, daß die heimische Wirtschaft die schwierige Konjunktursituation von 1982 nicht, wie es noch 1967 und 1975 der Fall war, deutlich besser überstanden hat als die des gesamten Bundesgebietes.

Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

Mit dem wirtschaftlichen Wachstum ging eine beträchtliche Veränderung in der Zusammensetzung des Inlandsproduktes einher. Die folgende Darstellung bezieht sich auf die Bruttowertschöpfung, für die – wie oben dargestellt – Daten nach Wirtschaftsbereichen vorliegen.

Die Tabelle zeigt deutlich, daß die Anteile der Bereiche sehr stark davon abhängen, ob sie aus der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen oder aus derjenigen in Preisen von 1970 berechnet wurden.

Vergleicht man nominale und reale Veränderungsrate desselben Jahres, dann sind daraus Aussagen über Preisveränderungen nicht direkt ableitbar. Zwar könnte man durch Division der Werte in laufenden und denen in konstanten Preisen Indizes rechnerisch ermitteln. Diese sind allerdings wegen veränderlicher Zusammensetzung der Güter und Dienste solche mit wechselndem „Warenkorb“ (Typ Paasche), sie können außerdem nicht so genau sein wie die originär ermittelten Preisindizes. Die für die Deflationierung verwendeten repräsentativen Preisreihen weisen unter-

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der unbereinigten Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	nominal	real ¹ %	nominal	real ¹
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei				
1960	13,5	11,2	5,8	4,9
1982*	5,6	8,2	2,3	3,3
Warenproduzierendes Gewerbe				
1960	40,4	38,3	53,5	50,3
1982*	37,7	39,4	45,6	48,1
Handel und Verkehr				
1960	18,2	15,2	18,3	15,8
1982*	14,0	14,9	14,4	15,4
Dienstleistungsunternehmen				
1960	14,1	17,6	13,7	17,4
1982*	24,5	22,1	24,5	21,9
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck				
1960	13,9	17,8	8,8	11,6
1982*	18,1	15,4	13,3	11,3

1) in Preisen von 1970

*) vorläufige Zahlen

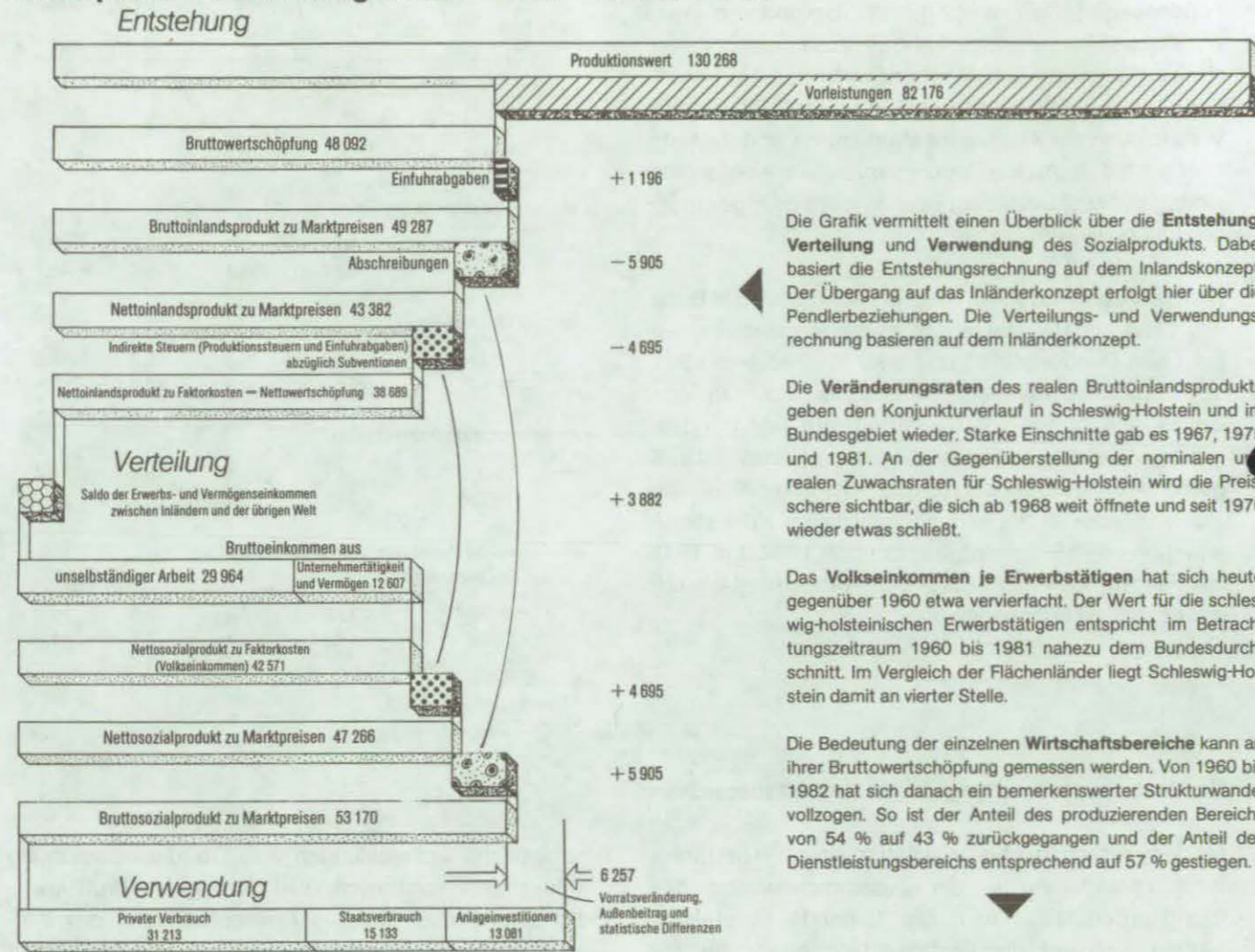
schiedliche Entwicklungen auf. Ob die Abweichung des realen vom nominalen Anteil der Bruttowertschöpfung eher auf die Preisentwicklung der Vorleistungen – man denke hier z. B. an die in den letzten Jahren stark beachteten Energiekostenerhöhungen – oder aber auf die der Endprodukte und Leistungen zurückzuführen ist, läßt sich für diese großen Bereiche nicht allgemeingültig feststellen. Dazu bedarf es einer stärker nach Wirtschaftszweigen differenzierten Untersuchung der input – output – Relationen, der Lohnintensitäten, der Produktivitätssteigerungen, der Preisüberwälzungsmöglichkeiten u. v. m. Im übrigen hat die Methode, durch Verwendung einer einheitlichen Preisbasis „reale“ Größen zu ermitteln, durchaus ihre Schwächen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.

Immerhin läßt sich feststellen, daß die Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei (im folgenden kurz: Landwirtschaft) sowie das warenproduzierende Gewerbe 1982, in Preisen von 1970 gemessen, einen deutlich höheren Anteil an der Summe der Bruttowertschöpfung hatten als bei Bewertung in jeweiligen

AUFBAU UND ENTWICKLUNG DES SOZIALPRODUKTS

D 5335 Stat. LA S-H
GRAFIK DES MONATS NOVEMBER 1983

Sozialprodukt in Schleswig-Holstein 1979 in Millionen DM



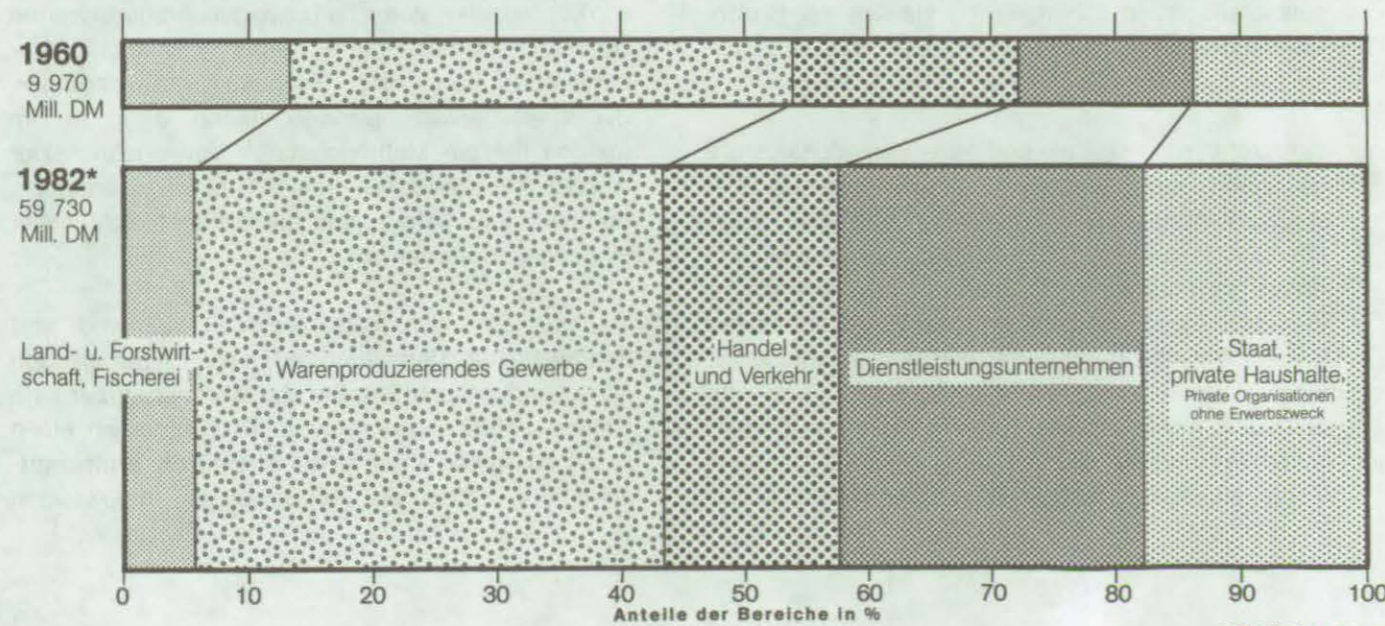
Die Grafik vermittelt einen Überblick über die **Entstehung, Verteilung und Verwendung** des Sozialprodukts. Dabei basiert die Entstehungsrechnung auf dem Inländerkonzept. Der Übergang auf das Inländerkonzept erfolgt hier über die Pendlerbeziehungen. Die Verteilungs- und Verwendungsrechnung basieren auf dem Inländerkonzept.

Die **Veränderungsraten** des realen Bruttoinlandsprodukts geben den Konjunkturverlauf in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet wieder. Starke Einschnitte gab es 1967, 1975 und 1981. An der Gegenüberstellung der nominalen und realen Zuwachsraten für Schleswig-Holstein wird die Preis-schere sichtbar, die sich ab 1968 weit öffnete und seit 1976 wieder etwas schließt.

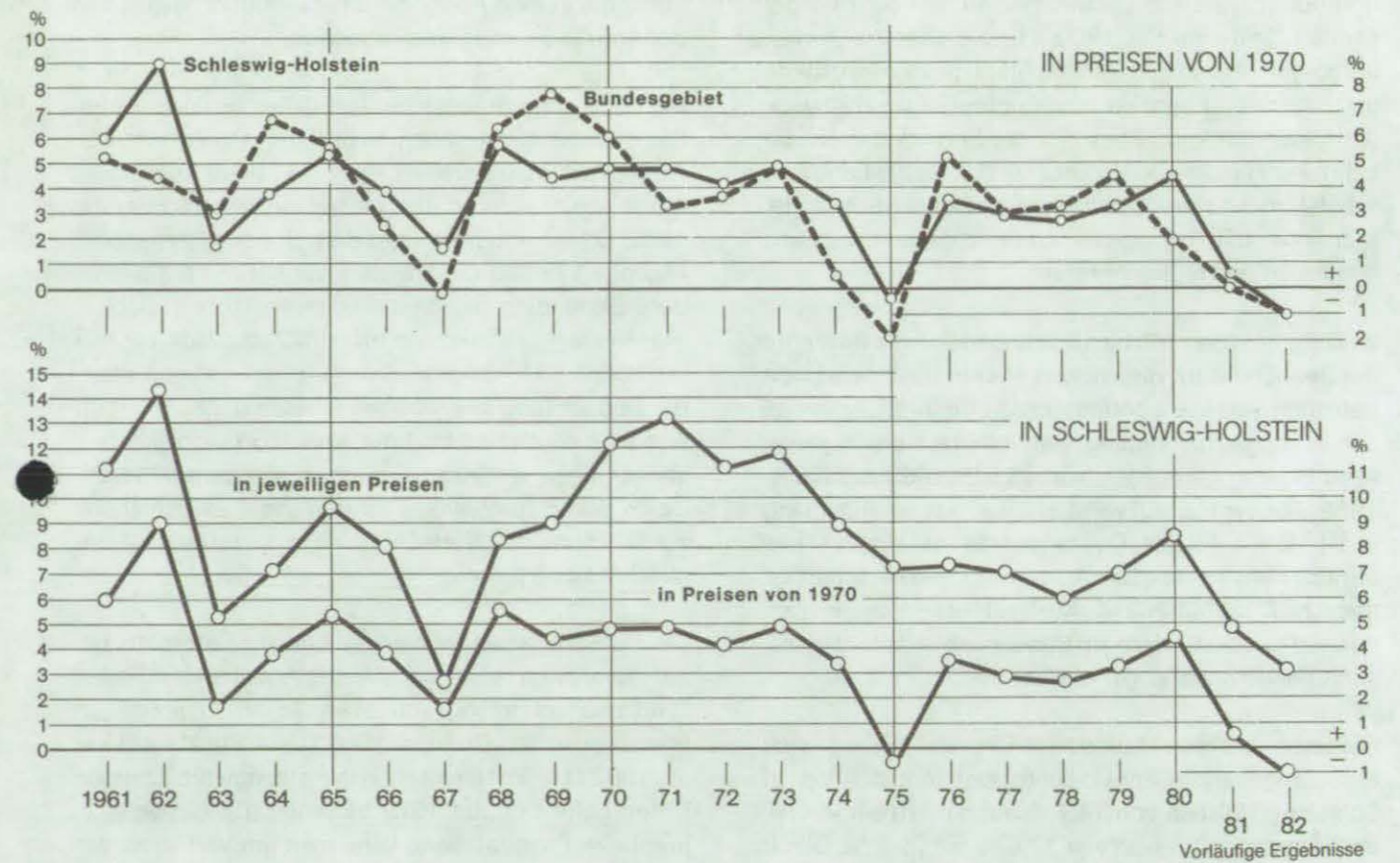
Das **Volkseinkommen je Erwerbstätigen** hat sich heute gegenüber 1960 etwa vervierfacht. Der Wert für die schleswig-holsteinischen Erwerbstätigen entspricht im Betrachtungszeitraum 1960 bis 1981 nahezu dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der Flächenländer liegt Schleswig-Holstein damit an vierter Stelle.

Die Bedeutung der einzelnen **Wirtschaftsbereiche** kann an ihrer Bruttowertschöpfung gemessen werden. Von 1960 bis 1982 hat sich danach ein bemerkenswerter Strukturwandel vollzogen. So ist der Anteil des produzierenden Bereichs von 54 % auf 43 % zurückgegangen und der Anteil des Dienstleistungsbereichs entsprechend auf 57 % gestiegen.

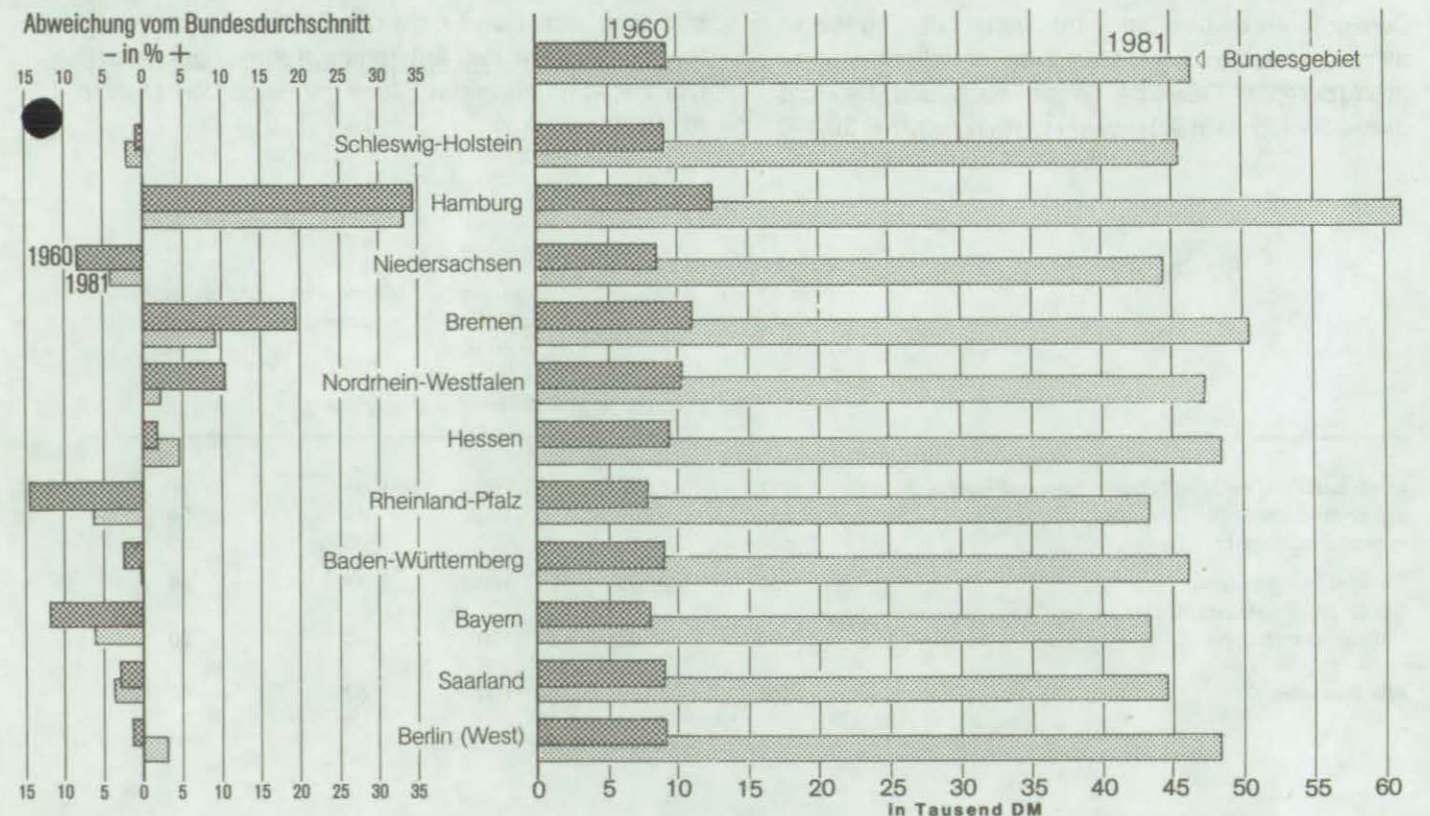
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein in jeweiligen Preisen



Bruttoinlandsprodukt 1961 bis 1982 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Volkseinkommen je Erwerbstätigen in den Bundesländern 1960 und 1981*



Preisen. Für die Bruttowertschöpfung von 1960, also einem früheren Jahr als die Preisbasis, gilt das entsprechend umgekehrt. Die Tatsache, daß die Preise der produzierten Güter dieser Bereiche unterdurchschnittlich und/oder die Kosten der Vorleistungen überdurchschnittlich gestiegen sind, gilt für den gesamten Zeitraum seit 1960. Für die Dienstleistungsunternehmen und den Bereich Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (im folgenden kurz: Staat) ist die Entwicklung umgekehrt. Für Handel und Verkehr gilt das für die Landwirtschaft und das warenproduzierende Gewerbe Gesagte, allerdings mit geringeren Unterschieden zwischen nominalen und realen Anteilen.

Im Zeitraum von 1960 bis 1982 haben sich die Gewichte der Bereiche stark verschoben. Mit am stärksten davon betroffen war die Landwirtschaft, denn ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung verminderte sich, in jeweiligen Preisen gerechnet, von 13,5 % 1960 auf 5,6 % 1982. Auch in Preisen von 1970 war das ein Rückgang von 11,2 % auf 8,2 %. Das entspricht real einem Minus um über ein Viertel. Der Anteil der Landwirtschaft ist aber hier weiterhin mit Abstand höher als in den übrigen Bundesländern. Im Bundesgebiet sank der entsprechende Anteil sogar um fast ein Drittel.

Bei den Dienstleistungsunternehmen vollzog sich eine umgekehrte Entwicklung: Der Anteil stieg in Schleswig-Holstein von 14,1 % auf nahezu ein Viertel, bei konstanten Preisen von 17,6 % auf 22,1 %. Damit war und blieb das Gewicht der privaten Dienstleistungen etwa so wie im Bundesgebiet.

Den größten Beitrag zur Bruttowertschöpfung leistet allerdings nach wie vor mit fast zwei Fünfteln das warenproduzierende Gewerbe. Wenn auch das Gewicht dieses Bereiches in Schleswig-Holstein 1982 mit 39,4 %

(real) deutlich unter dem Wert fürs Bundesgebiet lag (48,1 %), so ist doch bemerkenswert, daß es sich gegenüber 1960 real erhöhte, im Bundesgebiet dagegen verminderte. Bei der Berechnung in jeweiligen Preisen kehrt sich für Schleswig-Holstein die leichte Zunahme in eine Abnahme um, beim Bundeswert fällt der Anteilsrückgang deutlicher aus.

Der nach warenproduzierendem Gewerbe und privaten Dienstleistungsunternehmen drittstärkste Wirtschaftsbereich ist in unserem Lande der Staat mit einem Anteil von 15,4 % an der realen Bruttowertschöpfung 1982. Dieser erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegende Wert ist ganz wesentlich mit auf die besondere Bedeutung des Verteidigungssektors in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Im Zeitablauf ist der Staatsanteil allerdings im Bund wie im Land gesunken. Bei Betrachtung in jeweiligen Preisen dagegen ergibt sich eine deutliche Zunahme, weil die Personalkostensteigerungen aufgrund der oben skizzierten besonderen Berechnungsweise für den Staat ex definitione zur Erhöhung der Wertschöpfung in prozentual nahezu gleicher Höhe führen.

Der Bereich Handel und Verkehr hatte im Betrachtungszeitraum einen relativ konstanten Anteil an der realen Bruttowertschöpfung von etwa 15 %. In jeweiligen Preisen war das Gewicht 1960 um 4 Punkte stärker als 1982 (14 %). Nimmt man in Kauf, daß die jüngsten Daten dafür sich auf 1979 beziehen (Landeswerte in jeweiligen Preisen), dann kann man am Verhältnis der Komponenten der Entstehungsrechnung zueinander einige Charakteristika der Wirtschaftsbereiche deutlich erkennen. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind nicht unmittelbar und zwingend Rechenergebnis der Entstehungsrechnung. Sie sind hier zur Abrundung des Bildes mit aufgeführt (Zahlen für 1979):

	Produktionswert	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	Nettowertschöpfung	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
	— in % der Bruttowertschöpfung —				
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	207	107	100	69	17
Warenproduzierendes Gewerbe	249	149	100	76	53
Handel und Verkehr	538	438	100	85	55
Dienstleistungsunternehmen	155	55	100	75	24
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	198	98	100	95	95
Alle Bereiche	260	160	100	80	52

Hinsichtlich Produktionswert und Vorleistungen nimmt der Bereich Handel eine Sonderstellung ein, weil die Vorleistungen – im Handel sind das vor allem die eingesetzten Waren – mit 81 % des Produktionswertes mit deutlichem Abstand die relativ höchsten sind. Die Dienstleistungsunternehmen haben mit lediglich gut einem Drittel die niedrigste Vorleistungsquote und den nach der Landwirtschaft niedrigsten Anteil der unselbständigen Arbeit an der Wertschöpfung. Letzteres ist sicherlich mit auf die kleinbetriebliche Struktur dieser Bereiche mit hohem Anteil selbständig tätiger Personen zurückzuführen.

Der Bereich Dienstleistungsunternehmen ist allerdings heterogen zusammengesetzt, und zwar, gemessen an der Bruttowertschöpfung 1979, zu 15 % aus Kreditinstituten und Versicherungen, zu 29 % aus der Wohnungsvermietung und zu 56 % aus sonstigen Dienstleistungen wie z. B. dem Gastgewerbe und dem Gesundheitswesen. Für die beiden erstgenannten Bereiche gilt die Annahme der kleinbetrieblichen Struktur sicherlich nicht. Aber auch die Wohnungsvermietung hat aufgrund ihrer Kapitalintensität bewirkt, daß bei den Dienstleistungsunternehmen der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit so niedrig ist.

Die Wohnungsvermietung trug außerdem wesentlich zu den mit 19 % der Bruttowertschöpfung deutlich über dem Durchschnitt aller Bereiche (12 %) liegenden Abschreibungen der Dienstleistungsunternehmen bei. Für die Wohnungsvermietung allein betrug diese Quote 45 %. Noch höher als bei den Dienstleistungsunternehmen ist der Abschreibungsanteil in der Landwirtschaft (28 %). Gestiegene Betriebsgrößen als Folge der Konzentration und Spezialisierung mit den dazu nötigen enormen Investitionen führten bei unterdurchschnittlich gestiegener, im Jahre 1979 sogar rückläufiger Bruttowertschöpfung zu diesem hohen Wert.

Beim Staat spielen Abschreibungen und Produktionssteuern keine große Rolle. Die daher nur wenig niedrigere Nettowertschöpfung ist völlig Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.

Verteilungsrechnung

Das in der Entstehungsrechnung ermittelte Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten oder synonym die Nettowertschöpfung kann auch als Summe der im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen definiert und berechnet werden. Auf diese Weise

kann die nach dem Inlandskonzept ermittelte Wertschöpfung nach Einkommen aus unselbständiger Arbeit und nach Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aufgeteilt werden. Dieses Verhältnis betrug 1979 68 zu 32.

Bei der Verteilungsrechnung steht allerdings die Frage nach dem Einkommen der Inländer, das Volkseinkommen, im Vordergrund. Es ist hierfür also der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von und nach der „übrigen Welt“ zu berücksichtigen, wobei insbesondere die Pendlerbeziehungen, hierbei wiederum vor allem die zu Hamburg, eine besondere Rolle spielen. Das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) gliedert sich dann ebenfalls in Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, bezieht sich hierbei aber auf die den Inländern letztlich zugeflossenen Einkommen.

Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist hinsichtlich der einbehaltenen Gewinne der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften nur nach dem Unternehmenssitz regionalisiert. Statistische Probleme gibt es außerdem mit den unverteilt Gewinnen der nicht körperschaftsteuerpflichtigen Staatsunternehmen Bundesbahn, -post und -bank und mit dem Saldo aus Bruttoeinkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und den Zinsen auf Staatsschulden.

Die den privaten Haushalten der Aktionäre, Gesellschafter, Genossen und Inhaber von Staatspapieren zugeflossenen verteilten Gewinne und Zinsen auf Staatsschulden sind dagegen nach dem Inländerkonzept zuzuordnen. Die Daten können der Einkommensteuerstatistik entnommen werden, bedürfen allerdings gewisser Korrekturen insbesondere im Bereich Landwirtschaft, damit nicht die Besonderheiten des Einkommensteuerrechts zu ökonomisch unrealistischen Ergebnissen führen.

Als Länderergebnis wird das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur entweder insgesamt, und zwar als Differenz zwischen Volkseinkommen und den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, oder als der den privaten Haushalten zugeflossene Teil veröffentlicht. Diese „darunter“-Position macht allerdings nahezu völlig das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aus (1980: 98,5 %). Da das Volkseinkommen in der Verteilungsrechnung also Minuend ist, wird es in praxi mit Hilfe des Saldos der Einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt zunächst als Gesamtgröße ermittelt.

Das Volkseinkommen oder Nettosozialprodukt zu Faktorkosten der Schleswig-Holsteiner betrug 1981 mehr als das fünffache des Wertes von 1960. Eine Preisbereinigung wird bei den einkommensorientierten Daten der Verteilungsrechnung wegen des fehlenden Bezugs zu Güter- und Leistungspreisen nicht vorgenommen. Das Volkseinkommen war in allen Jahren größer als das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, das heißt der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen den Schleswig-Holsteinern und der übrigen Welt war insbesondere aufgrund der hohen Pendlerströme nach Hamburg stets positiv. 1981 machte die Differenz immerhin ein Zehntel aus.

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit der Inländer waren 1981 sogar um 14 % höher als diejenigen nach dem Inlandskonzept. Auch bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen überstieg in allen Jahren der den Schleswig-Holsteinern zugeflossene Betrag den im Lande entstandenen, allerdings in relativ sehr viel geringerem Ausmaß. Für das Bundesgebiet spielt der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen eine sehr untergeordnete Rolle. Sein Anteil am Volkseinkommen lag 1981 bei etwa 1 %.

Der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen erhöhte sich in Schleswig-Holstein von 1960 bis 1981 um etwa 13 Punkte auf 72 %. Im Bundesgebiet gab es eine ähnliche Entwicklung, der Anteil wuchs von 60 auf 74 %. Diese Gewichtsverlagerung zugunsten der unselbständigen Arbeit vollzog sich nicht kontinuierlich. Sie stockte oder war teilweise sogar rückläufig in den Jahren, die den Rezessionen von 1967 und 1974 unmittelbar folgten. Der bereits recht hohe Anteilswert von 1974 wurde in Bund und Land erst 1980 wieder erreicht.

Für einen Ländervergleich bieten sich als Standardisierungsmaß die Einwohner und die Erwerbstätigen an. Allerdings liegen aus den spätestens seit der Diskussion um die Volkszählung 1983 hinlänglich bekannten Gründen nur ungenaue Zahlen vor. Unter dieser Einschränkung läßt sich feststellen, daß je Einwohner Schleswig-Holsteins das Volkseinkommen 1981 rund 18 000 DM betrug, 5 % weniger als im Bundesdurchschnitt. Unterschiede im Altersaufbau und im Grad der Erwerbstätigkeit beeinträchtigen allerdings diesen Wert als Vergleichsmaßstab. Die Erwerbstätigenquote lag 1981 in Schleswig-Holstein mit 40 % um zwei Punkte unter der des Bundesgebietes. Je erwerbstätigen Schleswig-Holsteiner betrug das Volkseinkommen 1981 45 290 DM. Dieser Wert lag nur um 2 % unter

dem Bundesdurchschnitt. Schleswig-Holstein nimmt damit unter den Flächenländern den 4. Rang ein.

Umverteilung

Dem Volkseinkommen liegt das Inländerkonzept zugrunde. Wenn die Frage beantwortet werden soll, über wieviel Einkommen die Einwohner einer Region verfügen können, dann bedarf es weiterer Rechenschritte, um die Aktivität des Staates in bezug auf die Einkommen zu berücksichtigen. Zum Volkseinkommen trägt die staatliche Aktivität in Form der Löhne und Gehälter seiner Bediensteten und — was von untergeordneter Bedeutung ist — in Form der Gewinne des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei.

Die Dienstleistung des Staates, die diesen Einkommen zugrunde liegt, besteht u. a. darin, Steuern und Sozial-

Vom Erwerbs- und Vermögenseinkommen zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1980 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
	Mill. DM	
Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen	45 616	1 127 560
1970 = 100	233	218
- direkte Steuern und Sozialbeiträge	16 207	406 060
1970 = 100	307	277
darunter		
Sozialversicherungsbeiträge	9 340	229 820
1970 = 100	301	282
direkte Steuern	6 376	161 310
1970 = 100	313	267
= Nettoerwerbs- und Vermögenseinkommen	29 409	721 500
1970 = 100	206	195
+ empfangene laufende Übertragungen	9 769	220 860
1970 = 100	292	284
= verfügbares Einkommen	39 178	942 360
1970 = 100	222	210
Verfügbares Einkommen in % der Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen	85,9	83,6
1970	90,1	86,7

beiträge zu erheben und sie zu einem Teil als Renten, Pensionen, Sozialhilfe, Wohngeld u. ä. Transfers wieder auszuzahlen. In der Umverteilungsrechnung, die zur Verteilungsseite im weiteren Sinne zählt, steht das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) im Vordergrund.

Die Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte ergeben nahezu völlig das Volkseinkommen (1980: 99,6 %). Das Adjektiv „brutto“ bedeutet, daß die direkten Steuern und die Sozialbeiträge (auch Arbeitgeberanteile) noch enthalten sind. 1980 waren die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein netto um 36 % geringer als brutto. Die verbliebenen nicht ganz 30 Mrd. DM bestanden zu 62 % aus Nettolöhnen und -gehältern und zu 38 % aus Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Das verfügbare Einkommen war aber 1980 letztlich nur um 14 % geringer als das Bruttoeinkommen, weil die privaten Haushalte nahezu 10 Mrd. DM als laufende Übertragungen erhielten.

Im Vergleich mit 1970 und dem Bundesgebiet wird deutlich, daß sowohl die Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen als auch die direkten Steuern, die Sozialbeiträge und die empfangenen laufenden Übertragungen in Schleswig-Holstein stärker gestiegen sind als im Bund: Die Meßziffer (1970 = 100) für das verfügbare Einkommen 1980 ist im Land mit 222 um 12 Punkte höher. Die Steigerungen der Einkommensgrößen (brutto, netto und verfügbar) gegenüber 1970 sind für Bund und Land deutlich geringer als diejenigen der Transfergrößen (direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, empfangene laufende Übertragungen).

Beim Übergang vom Volkseinkommen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte findet eine weitere Verschiebung zugunsten der Schleswig-Holsteiner statt: Der Anteil des Landes am Bundesgebiet betrug 1980 bei dieser Größe 4,2 %. Vom Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen entfielen auf die schleswig-holsteinischen Haushalte lediglich 4,0 %. Der Landesanteil am Volkseinkommen der Bundesrepublik betrug ebenfalls 4,0 %, derjenige an der bereinigten Nettowertschöpfung (Inlandskonzept) nur 3,6 %. Schleswig-Holstein erhielt also erst durch die Pendler und durch die Transferzahlungen einen Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte des Bundesgebietes, der 1980 dem seiner Bevölkerung (4,2 %) entsprach.

Verwendungsrechnung

Bei der dritten Berechnungsvariante der Gesamtrechnung, der Verwendungsrechnung, stehen Konsum und Investitionen als Komponenten der Endnachfrage der Inländer und damit die am Markt erzielten Preise im Vordergrund. Die Verwendungsrechnung basiert daher auf dem Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen, der umfassendsten Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach dem Inländerkonzept. Eine Korrektur der einzelnen Verwendungskomponenten um die Abschreibung, die indirekten Steuern und die Subventionen ist dabei weder möglich noch sinnvoll. Die Investitionen gehen wegen der bereits oben dargestellten steuerrechtlichen Besonderheit von vornherein ohne Mehrwertsteuer in die Verwendungsrechnung ein.

Die in einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienste können verbraucht oder investiert werden. Daß die Güterverwendung nur Konsum oder Investition sein kann, bedeutet, daß die wirtschaftlichen Transaktionen innerhalb des Unternehmenssektors nur dann in die Verwendungsrechnung eingehen, wenn es sich um den Kauf von Investitionsgütern handelt. Die Lagerbestandsveränderung der Unternehmen wird dabei ebenfalls als Investition definiert. Die Summe aus Verbrauch und Investitionen entspricht dann dem Gesamtbetrag der den Inländern zur Verfügung stehenden Güter und Dienstleistungen.

Im Bruttosozialprodukt ist zusätzlich berücksichtigt, daß die Volkswirtschaft offen ist, also Ströme von Gütern und Dienstleistungen heraus- und hereinfließen. Die letzte inländische Güterverwendung ist um die Exporte niedriger und um die Importe höher als das Sozialprodukt. Der Außenbeitrag als Saldo zwischen Ex- und Import, die Investitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung), der Staatsverbrauch und der private Konsum addieren sich zum Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.

Diese Art der Berechnung ist von den Datenquellen her für Bundesländer die schwierigste, weil insbesondere der Außenbeitrag wegen fehlender Erfassung der von Bundesland zu Bundesland fließenden Güter und Dienste nicht hinreichend exakt festgestellt werden kann. Es werden lediglich privater und Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung als Komponenten originär ermittelt. Das Bruttosozialprodukt wird, wie auch in der Verteilungsrechnung, nicht durch Summation direkt ermittelt, sondern aus der Entstehungsrechnung übernommen. Gegenüber dem Verbrauch und den Anlageinvestitionen verbleibt als Differenz zum Bruttosozialprodukt ein in den Ver-

öffentlichungen nicht näher differenzierter Restposten aus Außenbeitrag, Vorratsveränderung und statistischer Differenz. In diesen Restposten wird auch die Vorratsveränderung, obwohl als Einzeldatum durchaus verfügbar, mit eingeschlossen, damit der Statistikenbenutzer nicht etwa den Restposten als Außenbeitrag ansieht.

In Schleswig-Holstein war dieser Restposten in allen Jahren seit 1960 negativ, das heißt die Summe aus privatem Konsum, Staatsverbrauch und Anlageinvestitionen war höher als das Bruttosozialprodukt. Das könnte zu dem Schluß verleiten, daß die Schleswig-Holsteiner „von der Substanz“ (negative Vorratsveränderung) und/oder auf Kosten des „Auslandes“ leben. Für eine nationale Volkswirtschaft mit einem in sich geschlossenen, auf einheitlicher Wirtschaftsverfassung beruhendem System von Transferzahlungen würde ein negativer Außenbeitrag bedeuten, daß sich die Nettoauslandsposition verschlechtert hat, das heißt die Forderungen an das Ausland abnehmen oder die Auslandsverschuldung zunahm. In einem Bundesland wie Schleswig-Holstein gilt das wegen der Vernetzung des Sozialversicherungssystems und der Staatseinnahmen und -ausgaben mit dem übrigen Bundesgebiet nicht. Im übrigen spielen in diesem Restposten statistische Differenzen eine sicherlich beachtliche Rolle. Außerdem sind die indirekten Steuern, die dem Bruttosozialprodukt der Länder nach dem Ort der Leistungsentstehung zugeordnet sind, bei der Verwendungsrechnung entsprechend „umregionalisiert“. Aussagen über den Außenbeitrag sind letztlich auch tendenziell nicht möglich.

Datenquellen für den Konsum der privaten Haushalte sind vor allem die nach Verwendungsarten aufgeschlüsselten Umsatzzahlen der Unternehmen. Darüber hinaus gibt es Sonderregelungen für unterstellte Käufe wie zum Beispiel den Eigenverbrauch der Unternehmerhaushalte, den Nutzungswert der Eigentümerwohnungen u. ä. Der private Verbrauch umfaßt alle tatsächlichen und bestimmte unterstellte Käufe von Waren und Dienstleistungen durch private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Am Bruttosozialprodukt Schleswig-Holsteins hatte der private Verbrauch von 1960 bis 1981 einen zwischen 55 und 60 % variierenden Anteil. In allen Jahren war im Bundesgebiet das Gewicht des privaten Verbrauchs geringer. Der höchste Anteilswert lag hier bei 57 %.

Setzt man den privaten Verbrauch ins Verhältnis zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und

der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, dann ergibt sich für 1980 eine Konsumquote von 86 % für Schleswig-Holstein und von 87 % für das Bundesgebiet. Diese Quote lag von 1960 bis 1975 in Schleswig-Holstein zwischen 79 und 83 % und erreichte erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einen fast so hohen Wert wie das Bundesgebiet. Im Bund war die Konsumquote in allen Jahren seit 1960 nie geringer als 82 %, erreichte aber ebenfalls erst 1976 das Niveau von 87 %. Das Komplement zu 100, die Sparquote der privaten Haushalte, war also in Bund und Land in den späten siebziger Jahren niedriger als im Zeitraum zuvor.

Auf den Staatsverbrauch entfielen 1980 29 % des Bruttosozialprodukts Schleswig-Holsteins. Der Staatsverbrauch entspricht den Aufwendungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung für Verwaltungsleistungen wie zum Beispiel Gesundheitsbetreuung, Unterricht, Sicherheits- und allgemeine Verwaltungsleistungen, die ohne spezielle Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden. Der Staatsverbrauch ist gegenüber dem Produktionswert des Staates um den Wert der Verkäufe (hauptsächlich Einnahmen aus Benutzungsgebühren) und den Wert der selbsterstellten Anlagen geringer. Der Produktionswert besteht aus Vorleistungen (zum Beispiel Büromaterial, Brennstoffe, Strom, Arzneimittel in Krankenhäusern usw.) und aus der Bruttowertschöpfung des Staates (im wesentlichen Personalkosten).

Im Zeitraum seit 1960 schwankte der Anteil des Staatsverbrauchs in Schleswig-Holstein zwischen 24 und 30 %. Er war damit deutlich höher als im Bundesgebiet, wo die Anteilswerte zumeist unter einem Fünftel, 1975 und 1981 allerdings bei 21 % lagen. Die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate des Staatsverbrauchs seit 1960 lag in Bund (+ 11 %) und Land (+ 10 %) über der des Bruttosozialprodukts (Bund: + 8 %, Land: + 9 %).

Auf die Anlageinvestitionen entfielen in den Jahren 1960 bis 1980 zwischen 21 und 26 % des Bruttosozialprodukts Schleswig-Holsteins. Der Anteil im Bundesgebiet variierte in etwa derselben Marge. Die Anlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich der importierten und der selbsterstellten) sowie die Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften, reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen. Dauerhafte militärische Güter, auch Kasernen u. ä. Bauten, dagegen gelten als Staatsverbrauch, dauerhafte Konsumgüter als privater Verbrauch.

Die Anlageinvestitionen des Jahres 1979 wurden in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet zu 16 % vom Staat und zu 84 % von den Unternehmen getätigt. Auf die Bauinvestitionen entfielen in Schleswig-Holstein fast zwei Drittel (65 %), auf die Ausrüstungsinvestitionen die übrigen 35 % der Anlageinvestitionen.

Im Bundesgebiet spielten die Bauinvestitionen mit 61 % eine etwas geringere Rolle.

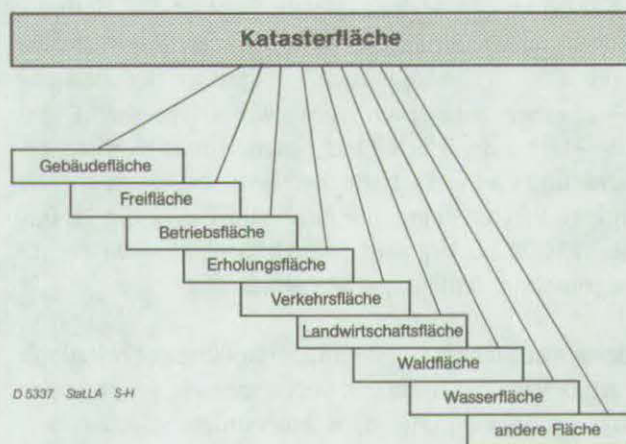
Bernd Struck

Weiteres Material siehe Stat. Berichte, Reihe P.

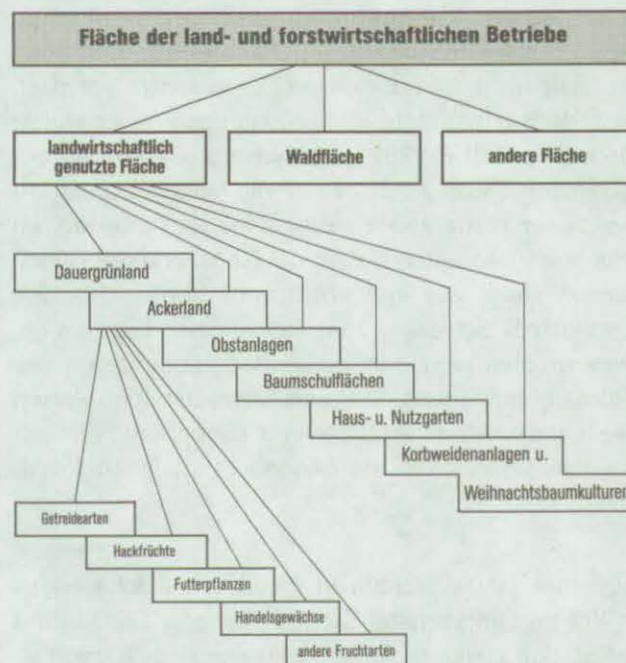
Ackerland und Dauergrünland in Schleswig-Holstein

In einer alle vier Jahre durchgeführten Flächenerhebung werden anhand der Eintragungen im Liegenschaftskataster die Nutzungsarten aller Bodenflächen des Landes nach einem Katalog gegliedert, der vornehmlich außerlandwirtschaftliche Nutzungsarten ausweist und damit Regionaldaten liefert, die von der Raum- und Landschaftsplanung benötigt werden. Dagegen erfaßt die jährliche Bodennutzungserhebung die Flächen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Bewirtschaftung und Nutzung und ist auf den besonderen Informationsbedarf der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik ausgerichtet.

Über Ergebnisse der Flächenerhebung, vor allem über die regionale Verteilung der Nutzungsarten, wurde anhand einiger Rasterkarten in Heft 8/1982 dieser Zeitschrift berichtet. Es wurde dabei sehr deutlich, daß die Landwirtschaftsfläche in der Mehrzahl der Gemeinden die vorherrschende Nutzungsart ist, in etwa 85 % der Gemeinden mehr als zwei Drittel der Katasterfläche ausmacht und regional vom Südosten des Landes zu den nördlichen bis westlichen, aber auch anderen (Oldenburg/Fehmarn) weiter von den Ballungsräumen entfernteren Landesteilen anteilmäßig zunimmt. In diesem Beitrag soll die regional unterschiedliche Nutzung der von den landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschafteten Flächen dargestellt werden. Die methodischen Grundlagen der Bodennutzungserhebung sowie die Vergleichbarkeit ihrer Ergebnisse im Zeitablauf und mit denen anderer Erhebungen wurden in Heft 5/1981 ausführlich erläutert. Es soll jedoch nochmals darauf hingewiesen werden, daß die Flächen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe am Sitz des Betriebes (Betriebsprinzip) und nicht wie bei der Flächenerhebung nach deren Belegenheit erfaßt werden. Die in der Bodennutzungserhebung gemeindeweise ausgewiesenen Flächen entsprechen daher im allgemeinen nicht den Gebietsflächen der betreffenden Gemeinden. Für die Charakterisierung der Bodennutzung in



D 5337 Stat.LA S-H



einer Gemeinde eignen sich somit nicht absolute Flächenangaben, sondern näherungsweise die aus der

Bodennutzungserhebung errechneten Verhältnisse der Nutzungsarten.

Von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (einschließlich Gartenbau) Schleswig-Holsteins wurden 1982 1,32 Mill. ha oder fünf Sechstel der Gebietsfläche des Landes bewirtschaftet. 1,095 Mill. ha oder 83 % der Betriebsfläche (BF) dieser Betriebe waren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), 139 000 ha (= 11 % der BF) Wald und 87 000 ha andere Flächen, im wesentlichen Öd- und Unland, Gewässer und Gräben, Gebäude-, Hof- und Wegefläche. Die LF besteht in Schleswig-Holstein im wesentlichen aus den beiden Hauptnutzungsarten Ackerland einschließlich Erwerbsgartenbau (613 000 ha) und Dauergrünland (472 000 ha). Andere Nutzungsarten — darunter 1 300 ha Obstanlagen, 4 300 ha Baumschulfläche und 4 000 ha Haus- und Nutzgärten der Betriebe — machen zusammen nicht einmal 1 % der LF aus. Die Fläche der Haus- und Nutzgärten außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die nach dem letzten Weltkrieg in einer Größenordnung von 20 000 bis 30 000 ha lag, wird seit 1979 nicht mehr der LF zugerechnet und nicht mehr erfaßt.

Bereits aus dieser Übersichtsdarstellung der Nutzungsverhältnisse im Lande läßt sich ermessen, welche übertragende Bedeutung dem Marktfruchtbau auf dem Ackerland einerseits und der futterbaulichen Nutzung (des Dauergrünlandes) andererseits in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft zukommt. Hinsichtlich des Flächenumfanges nimmt die forstwirtschaftliche Nutzung die dritte Position ein. Die regionale, vor allem historisch begründete Verbreitung des Waldes wurde bereits in Heft 8/1982 graphisch dargestellt und beschrieben. Dabei zeichnet sich die Marsch als nahezu waldfreier Küstenraum an Nordsee und Elbe ab. Im eiszeitlich geprägten Gebiet der Geest und des Hügellandes steigt der Waldanteil vom Nordwesten des Landesteils Schleswig zum südöstlichen Holstein an, unterbrochen von den waldarmen Niederungen der Flüsse Eider, Treene, Stör und Trave. Daneben weisen die Landschaften Probstei und Oldenburg/Fehmarn an der Ostküste einen besonders geringen Waldbestand auf.

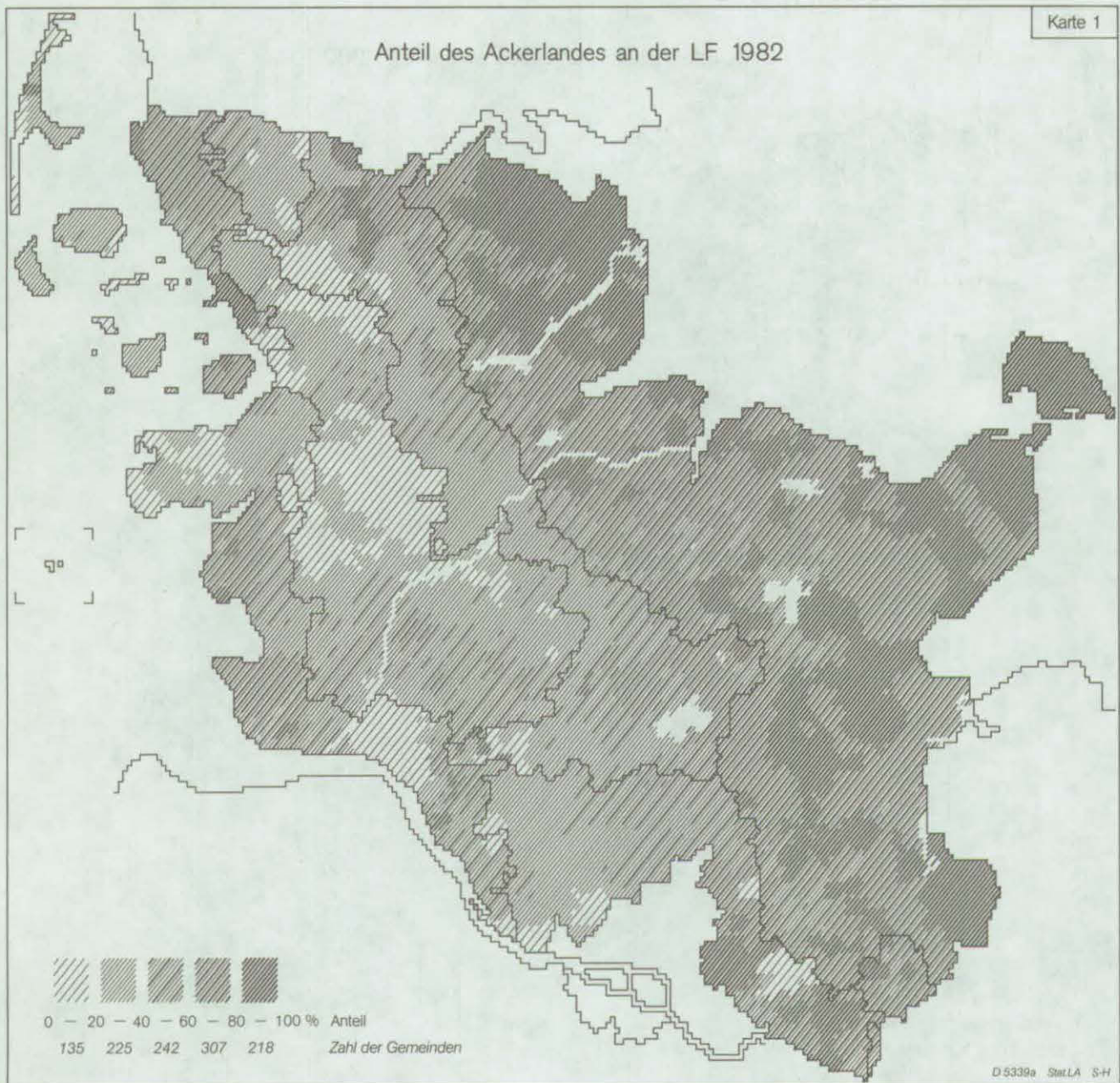
Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche waren 1982 im Landesmittel 56 % Ackerland. Die Karte 1 zeigt, daß starke regionale, teilweise kleinräumlich erhebliche Unterschiede bestehen. In knapp 60 % der kartierten 1 131 Gemeinden machte das Ackerland mehr als die Hälfte der LF aus. Dabei zeichnet sich vor allem das östliche Hügelland durch eine dunkle Rasterung, d. h. einen hohen Ackerflächenanteil — von im

Mittel 77 % — aus. Er nimmt in diesem Naturraum weitgehend von den Grundmoränen an der Ostsee über die Endmoränen bis zu den Sandern der Vorgeest im Binnenland ab. Geschlossene Gebiete mit einem Ackerflächenanteil von mehr als 80 % liegen in Angeln, Oldenburg/Fehmarn, dem Dreieck Lübeck-Segeberg-Eutin sowie im Westmecklenburgischen Seen-Hügelland zwischen Ratzeburger und Schaalsee. Das Ausmaß der ackerbaulichen Nutzung spiegelt die Bodengüte sehr deutlich wider. Im Bereich der dunkel gestarteten Flächen befinden sich im Hügelland vorwiegend tiefgründige und nährstoffreiche Parabraunerden und eutrophe Braunerden, die westwärts in leichtere mesotrophe bis podsoliierte Braunerden übergehen. Mit Ackerflächenanteilen von überwiegend weniger als 40 %, nördlich des Nord-Ostsee-Kanals häufig auch unter 20 % durchzieht die Geest das Land vom westlichen Stadtrand Hamburgs (Kreis Pinneberg) bis zur dänischen Grenze. Lediglich in den Geestgebieten Stormarns und Lauenburgs und einem Streifen, der sich von Heide über Itzehoe bis Bad Segeberg hinzieht, sind die Anteile höher. Für die gesamte Geest (Hohe Geest und Vorgeest) errechnet sich ein durchschnittlicher Ackerflächenanteil von 40 %. Als Saum an der Westküste des Landes setzt sich die Marsch — bei einem mittleren Anteil von 46 % — als eine Zone mit verbreitet stärkerer Ackernutzung ab. Dieser ist in den jüngsten Kögen (Reußenköge, Lübkekoog) am höchsten und nimmt zu den älteren, häufig landeinwärts gelegenen Kögen hin ab. Durchweg gering ist der Ackerflächenanteil auf der Halbinsel Eiderstedt und in der Hattstedter Marsch. Unter den Nordfriesischen Inseln überwiegt nur auf der Insel Nordstrand der Ackerbau. An der Elbe zeichnet sich die Wilstermarsch durch einen geringen und die Krempermarsch durch einen höheren Anteil aus.

Ackerfläche 1982

	1000 ha	% des Landes	% der LF des Naturraumes
Hügelland	347	57	77
Hohe Geest	109	18	36
Vorgeest	81	13	45
Marsch	77	13	46

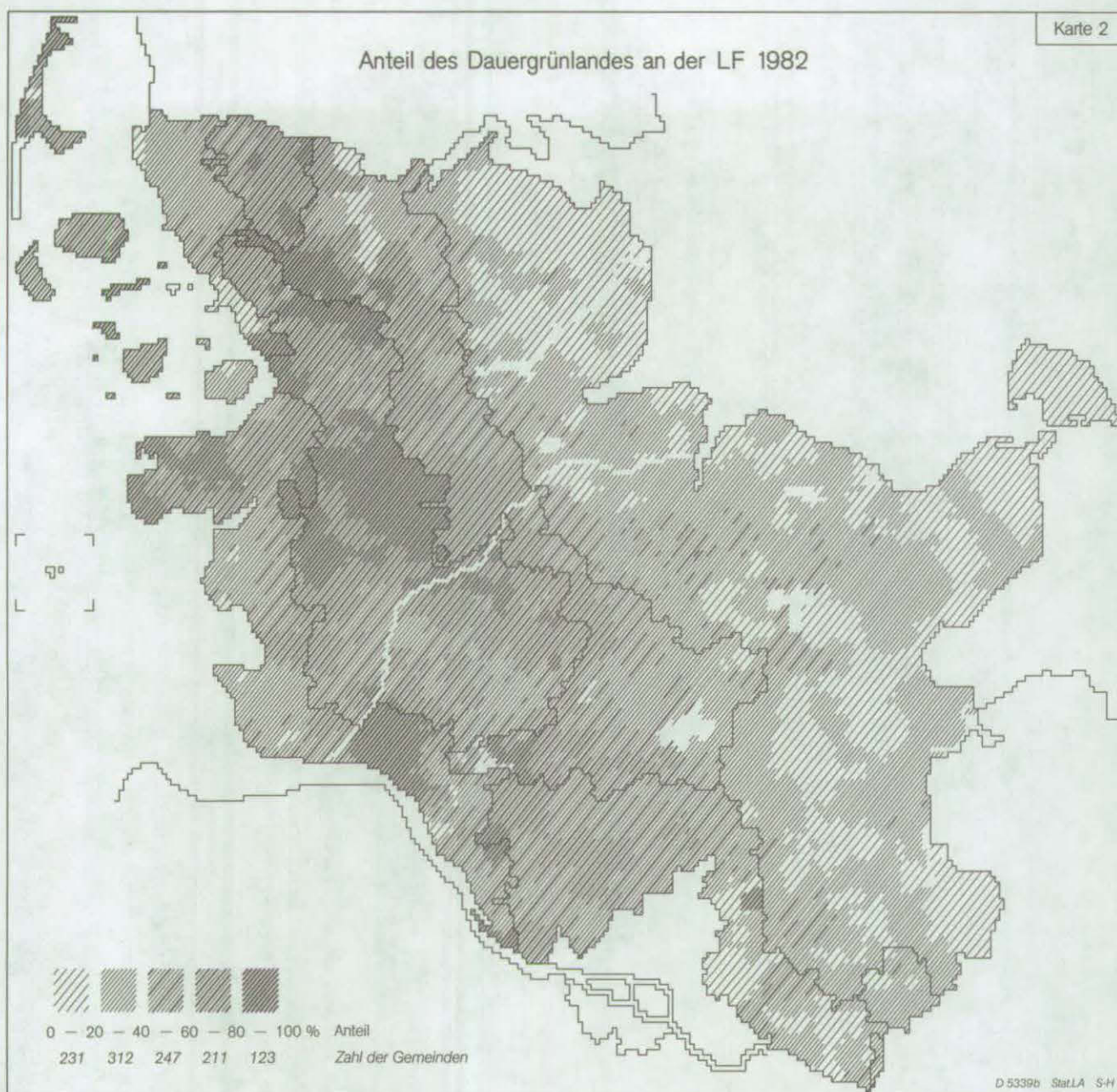
Der Anteil des Grünlandes an der LF verhält sich in Schleswig-Holstein überwiegend gegenläufig zum Ackerflächenanteil und beträgt im Landesmittel 43 %. Die regionalen Unterschiede zeigt Karte 2. Nur in gut einem Drittel der Gemeinden überwiegt das Dauer-



grünland an der LF, wobei sich diese Gemeinden auf die Naturräume der Geest und der Marsch konzentrieren. Im Hügelland entfallen im Durchschnitt nur 22 % der LF auf das Grünland, während es auf der Geest 59 % und der Marsch 53 % sind. Naturbedingt werden vor allem die Niederungen der überwiegend in die Nordsee und die Elbe entwässernden großen Flüsse mit ihren grundwassernahen anmoorigen bis moorigen Böden als Grünland bewirtschaftet. Am ausgeprägtesten ist dies im Gebiet der Eider und ihrer Nebenflüsse Treene und Sorge, wobei in dem Naturraum „Eider-Treene-Niederung“ ein Flächenanteil von 86 % festgestellt wurde. In der Marsch bedingen schwere staunasse Böden und in der Wilster-

marsch tiefliegende Moormarschen mit geringmächtiger Schwemmlandauflage den hohen Grünlandanteil. Dagegen dürfte sich auf der Halbinsel Eiderstedt die starke Grünlandbewirtschaftung aus der vielfach schweren Bearbeitbarkeit verdichteter Tonböden und aus historischen Gründen (Weidemast) ergeben haben. Daneben werden auf der Geest verbreitet auch Böden außerhalb des Grundwassereinflusses als Grünland genutzt. Bei ihrer geringen Ertragsfähigkeit und der ungünstigen Betriebsgrößenstruktur läßt sich hier überwiegend nur durch starke futterbauliche Ausrichtung ein ausreichendes Familieneinkommen erwirtschaften. Neben einem hohen Dauergrünlandanteil ist für diese Gebiete auch ein verstärkter Anbau von

Anteil des Dauergrünlandes an der LF 1982



D 5339b StatLA S-H

Grünlandfläche 1982

	1000 ha	% des Landes	% der LF des Naturraumes
Hügelland	99	21	22
Hohe Geest	186	39	62
Vorgeest	98	21	55
Marsch	88	19	53

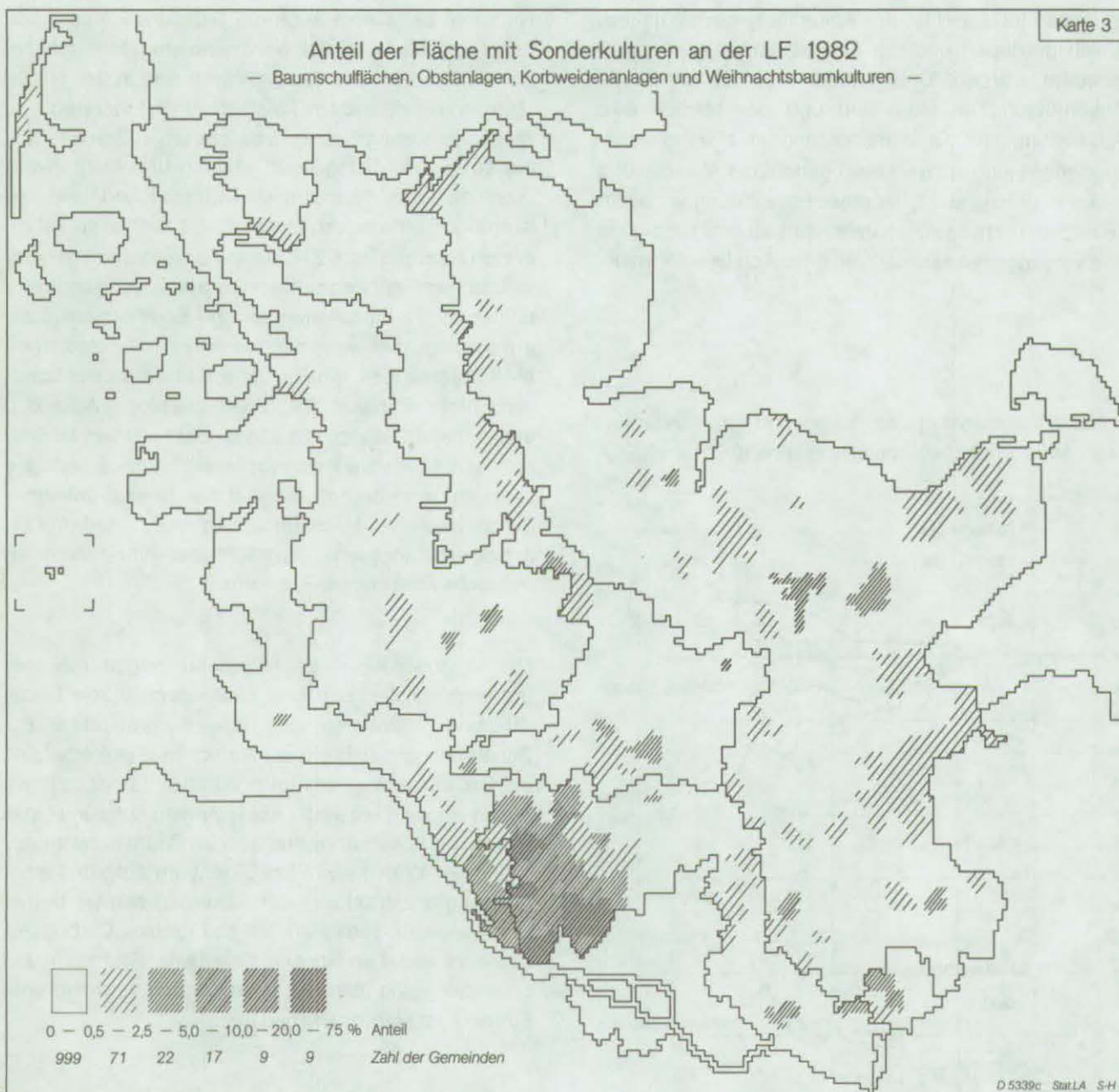
Futterhackfrüchten und Futterpflanzen auf dem Ackerland charakteristisch.

Eine andere Nutzung der LF spielt – wie Karte 3 zeigt – nur eine sehr lokale Bedeutung. Die Anteile der

Positionen Baumschulfläche, Obstanlagen sowie Weihnachtsbaum- und Korbweidenanlagen wurden hierbei zusammengefaßt dargestellt. Nur in den Betrieben von zwei Gemeinden (Halstenbek, Rellingen) überwiegt deren Nutzung. Auf einen Anteil von mehr als 5 % kommen insgesamt 35 Gemeinden. Bis auf wenige konzentrieren sich diese auf einen Keil zwischen der Elbe und der Hamburger Westgrenze. Hier im Kreis Pinneberg und in den Kreis Steinburg übergreifend befindet sich – begünstigt durch leicht bearbeitbare, steinarme Böden, ein mild-humides Klima sowie die Großstadtnähe – das größte geschlossene und auf überregionalen Versand ausgerichtete Baumschulgebiet Europas. Zum anderen hat der Obstanbau in der

Anteil der Fläche mit Sonderkulturen an der LF 1982

— Baumschulflächen, Obstanlagen, Korbweidenanlagen und Weihnachtsbaumkulturen —



Haseldorfer Elbmarsch seine größte Verbreitung und Flächendichte. In den übrigen Landesteilen sind Obstanlagen – wenn auch verstreut – im Hügelland etwas stärker anzutreffen und Baumschulflächen absatzbedingt auf die größeren Städte des Landes ausgerichtet.

Änderungen der Bodennutzung seit 1951

Verfolgt man die Nutzung der Bodenflächen über einen längeren Zeitraum, so haben sich nach dem letzten Weltkrieg im Landesmittel nur relativ geringe Veränderungen ergeben, während in den einzelnen

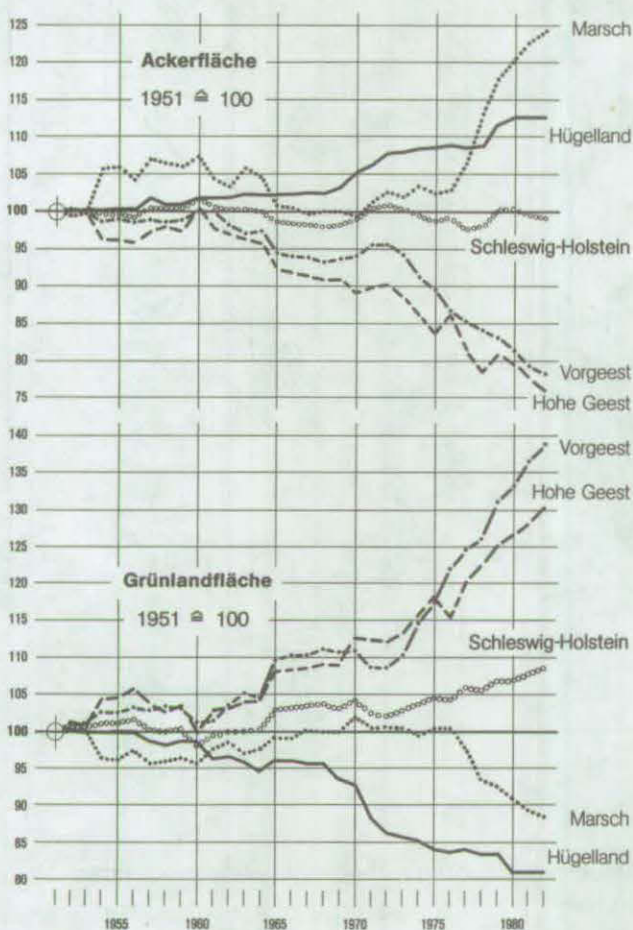
Hauptnaturräumen erhebliche Verschiebungen eintraten:

	Anteil an der LF (%)			
	Ackerland		Grünland	
	1951	1982	1951	1982
Schleswig-Holstein	56,5	56,0	39,7	43,1
darunter				
Marsch	37,3	46,4	59,8	53,0
Hohe Geest	47,8	36,3	47,6	62,0
Vorgeest	57,7	44,9	39,3	54,6
Hügelland	68,5	77,2	27,4	22,2

Im gesamten Land ist der Ackerflächenanteil nahezu gleich geblieben und der Grünlandanteil gering ausgeweitet worden. Dabei steht einer Zunahme der Ackernutzung im Hügelland und der Marsch eine Ausweitung der Grünlandnutzung in etwa gleicher Größenordnung auf der Geest gegenüber. Wie das Bild ferner deutlich macht, lief diese Entwicklung vor allem im letzten und vorletzten Jahrzehnt ab und hat sich in den vergangenen zehn Jahren erheblich beschleunigt.

D 5338 Stat.LA S-H

Relative Veränderung des Acker- und Grünlandanteils an der landwirtschaftlichen Nutzfläche 1951 bis 1982



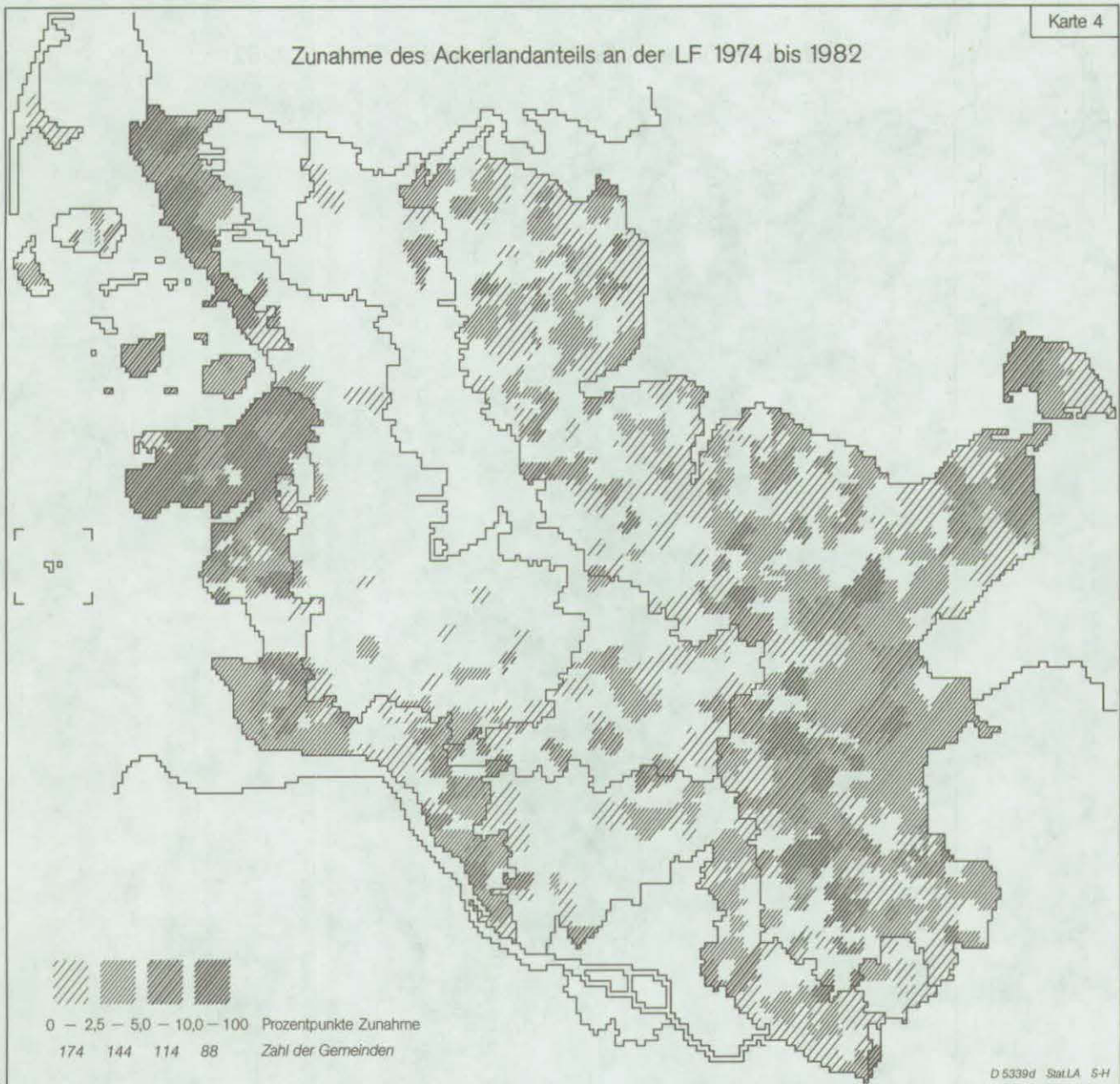
Die seit 1974 eingetretenen kleinräumlichen Veränderungen sind in den Karten 4 und 5 dargestellt. Der Anteil der Ackerfläche an der LF hat sich während dieser kurzen Zeitspanne in 46 % der Gemeinden erhöht, darunter in 18 % der Gemeinden um mehr als 5 Prozentpunkte. Entsprechend ihrer dunklen Rasterung liegen diese im Hügelland, in der Marsch sowie auf der Geest im Hamburger Umland. Ausgenommen sind neben dem

Hauptteil der Geest auch die Mündungsgebiete von Eider und Miele an der Nordseeküste. Hohe relative Zunahmen der Ackerflächenanteile sind in den Naturräumen Nordfriesische Marsch und Eiderstedt zu erkennen, wenngleich – insbesondere in Eiderstedt – die Grünlandnutzung noch vielfach überwiegt. Während die Insel Nordstrand, Dithmarschen und die Kremper Elbmarsch mit ihren etwas leichteren Lehm-böden schon längere Zeit stärker ackerbaulich genutzt werden, ermöglichen heute neuere landtechnische und ackerbauliche Entwicklungen und Erkenntnisse auch auf schweren Schwemmlandboden einen erfolgreichen Marktfruchtanbau. Hinzu kommt, daß inzwischen durch verbreitete Zupacht für einen alleinigen Ackerbau ausreichende Betriebsgrößen erreicht werden. Weiterhin war auf Eiderstedt eine vor allem historisch bedingte Weidemast verbreitet, die nun zunehmend entweder durch intensive Milchkühhaltung oder Marktfruchtanbau verdrängt wird. Vergleichbares gilt für die nordfriesische Marschinsel Pellworm.

Die Veränderungen im Hügelland zeigen ein sehr unterschiedliches Bild, und zwar wechseln hier häufig Zu- und Abnahmen des Ackerflächenanteils. Die Zunahmen sind dabei in der südlichen Hälfte erheblich stärker ausgeprägt als im nördlichen Landesteil, wo schon länger – entweder wie in Angeln aufgrund eines intensiven Ackerfutterbaus oder im Raum Schwansen/Dänischer Wohld und Plön/Oldenburg aufgrund einer Großbetriebsstruktur – der Ackerbau stärker betrieben wurde. Im südlichen Teil des Kreises Ostholstein sowie in den Landkreisen Segeberg, Stormarn und Lauenburg ging man erst in letzter Zeit vermehrt vom Futter- zum Marktfruchtanbau über.

In einem Viertel der Gemeinden Schleswig-Holsteins erhöhte sich der Grünlandanteil um mehr als 5 %. Dabei weitete er sich am stärksten auf der Geest – vom Süden zum Norden ansteigend – aus. In den Flußniederungen (Eider-Treene-Sorge-Gebiet, Miele-niederung, Wilstermarsch), in denen Grundwasser und Moorböden seit jeher zu überwiegender Grünlandnutzung zwangen, waren die geringsten Veränderungen festzustellen. Da im Bereich der Schleswiger Geest die Bodengüte und die klimatischen Bedingungen gegenüber dem holsteinischen Raum allgemein ungünstiger sind, läßt sich hier kaum ein rentabler Marktfruchtanbau betreiben, und daher weist der Betriebszweig Futterbau-Rindviehhaltung eine wesentlich höhere relative Vorzüglichkeit auf. Im Zuge einer durch strukturelle Hilfen und intensive Beratung geförderten, erheblichen Ausweitung der Milchkühhaltung wurde auch die natürliche Futtergrundlage ver-

Zunahme des Ackerlandanteils an der LF 1974 bis 1982



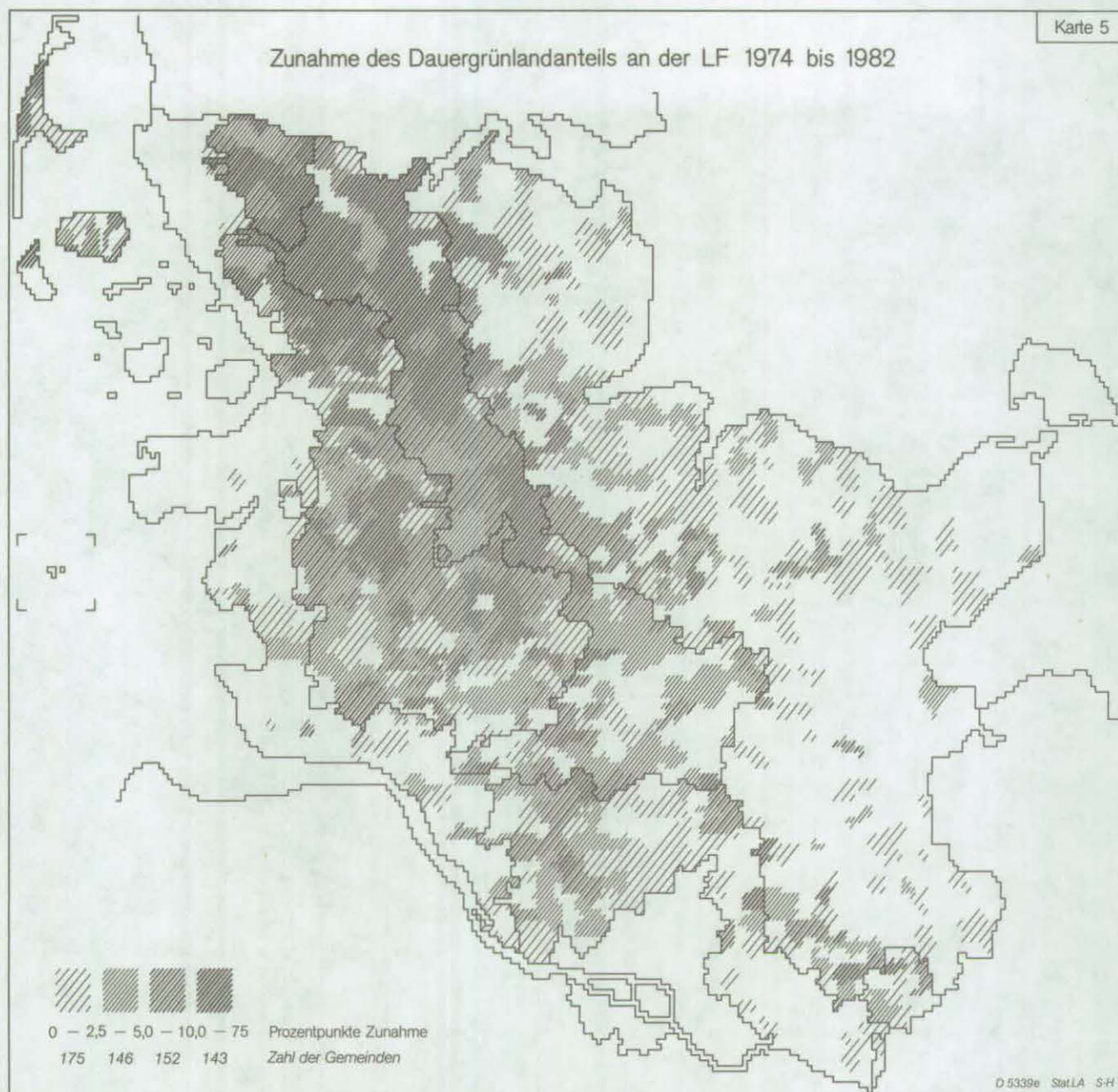
D 5339d StatLA S-H

größert. Südlich einer Linie Meldorf/Neumünster ist die Entwicklung unterschiedlich; Abnahmen auf marktfertigen Standorten der Hohen Geest stehen einer Ausweitung des Grünlandes auf Sander- und Feuchtstandorten gegenüber. Verstärkt wurde der Grünlandanteil auch auf den drei nordfriesischen Geestinseln Föhr, Sylt und Amrum. Infolge wechselnder Bodenverhältnisse kam es auch im Hügelland verstreut zu einer Ausweitung des Grünlandes, jedoch im allgemeinen um weniger als 2,5 Prozentpunkte.

Die vorliegende Auswertung hat gezeigt, daß die Anteile des Acker- und Grünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche regional starke Unterschiede

aufweisen und sich im Zeitablauf erheblich gewandelt haben. Vornehmlich arbeits- und marktwirtschaftliche Einflüsse haben zu einer fortschreitenden Spezialisierung und zu einer starken Differenzierung der wirtschaftlichen Ausrichtung (Marktfucht/Futterbau) der Betriebe zwischen Standorten unterschiedlicher Bodengüte und Ertragsfähigkeit geführt. Außerdem ist neben teilweise historischen Gründen vor allem auch die Betriebsgrößenstruktur für die Entwicklung von Bedeutung. Regional expandiert der Marktfuchtbau überall dort, wo sich über den Ackerbau ein ausreichendes Betriebseinkommen erzielen läßt, der Futterbau dagegen in den kleineren Betrieben und in den naturbedingt ertragschwachen Landschaftsräumen.

Zunahme des Dauergrünlandanteils an der LF 1974 bis 1982



Über die Produktions- und Betriebsstrukturen der Landwirtschaft und deren Bestimmungsgründe in

den Naturräumen Schleswig-Holsteins wurde in Heft 4/1983 ausführlich berichtet.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 - 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - = nichts vorhanden

. = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
 / = Zahlenwert nicht sicher genug
 X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung

- Keine Volkszählung – und doch Bevölkerungszahlen? 8/149
- Bevölkerungsentwicklung seit 1970 10/173

Gesundheitswesen

- Tuberkulose einst und jetzt 7/146

Bildung und Kultur

- Studenten der Naturwissenschaften 6/130
- Studenten im SS 1983 10/179

Wahlen

- Landtagswahlen nach 1945 2/26
- Landtagswahl 1983 5/114
- Bundestagswahl 1983 7/137

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Landwirtschaft in den Naturräumen 4/94

Produzierendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe 1982 1/18
- Investitionen 1981 8/151

Handel und Gastgewerbe

- Arbeitsstätten des Einzelhandels 1/2
- Die Apotheken 1979 1/5
- Unternehmen des Gastgewerbes 1/8
- Fremdenverkehrskapazität 1981 10/169

Verkehr

- Güterverkehr Binnenschifffahrt 5/124
- Fahrradunfälle 5/127

Öffentliche Sozialleistungen

- Hilfe zum Lebensunterhalt 9/158

Umweltschutz

- Öffentliche Abfallbeseitigung 4/106
- Öffentliche Abwasserbeseitigung 4/108

Verschiedenes

- Schleswig-Holstein im Jahre 1982 3/62

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

35. Jahrgang . Heft 11 . November 1983

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1981	1982	1982			1983				
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 616	2 620	2 620	2 621	2 620	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 156	1 201	1 367	1 539	1 307	1 417+	1 540+	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,3	5,5	6,1	6,9	6,1	6,6	6,9	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 054	2 040	2 131	2 177	2 167	1 945+	1 989+	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,4	9,3	9,6	9,8	10,1	9,0	8,9	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 661	2 633	2 515	2 488	2 372	2 581+	2 398+	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,2	12,1	11,3	11,2	11,0	12,0	10,8	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	23	21	23	19	21	21	21	
*	je 1 000 Lebensgeborene	11,3	10,3	10,8	8,7	9,7	10,8	10,6	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 607	- 593	- 384	- 311	- 205	- 636+	- 409+	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,8	- 2,7	- 1,7	- 1,4	- 1,0	- 3,0	- 1,8	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 369	5 589	6 913	6 066	5 638	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 104	5 082	5 358	5 511	6 048	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 265	+ 507	+ 1 555	+ 555	- 410	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 012	9 835	10 863	10 937	10 214	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 485	20 506	22 634	22 514	21 900	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	145	139	148	150	149	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	60	91	86	87	89	99	101	100	99	
darunter *Männer	1 000	32	54	49	50	51	56	57	56	55	
Kurzarbeiter	1 000	8,2	15,4	5,1	7,2	11,9	9,3	4,7	9,1	11,0	
darunter Männer	1 000	6,4	12,2	4,0	5,5	8,9	7,3	4,0	6,9	8,8	
Offene Stellen	1 000	7,9	3,7	3,4	3,0	2,6	3,2	2,6	2,5	2,2	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 544 ^a	1 565 ^a	.	.	.	1 660	.	.	.	
darunter *Milchkühe	1 000	525 ^a	541 ^a	.	.	.	538	.	.	.	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
*Schweine	1 000	1 758 ^a	1 740 ^a	.	1 834	.	.	.	1 861	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	188 ^a	190 ^a	.	192	.	.	.	199	.	
darunter *trächtig	1 000	127 ^a	131 ^a	.	125	.	.	.	132	.	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	40	37	30	37	46	31	26	39	50	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	244 ^b	236 ^c	220	238	229	236	221	242	245	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4	4	2	2	2	2	2	2	2	
*Schlachtsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,2	29,4	25,8	29,9	32,4	27,9	24,8	30,9	34,8	
darunter											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,8	10,4	8,2	10,7	13,8	8,7	7,4	11,1	14,8	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	19,1	18,8	17,4	18,9	18,2	19,0	17,2	19,3	19,6	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	278	283	278	290	300	280	283	290	300	
Kälber	kg	101	102	102	99	106	100	109	105	112	
Schweine	kg	80	81	80	80	80	81	78	81	81	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	*für Legehennenküken	1 000	130	125	75	69	103	133	128	191	220
	für Masthähnerküken	1 000	1 126	1 156	1 165	1 172	1 190	1 099	1 022	911	1 054
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	914	902	898	849	941	837	820	826	720	
*Milcherzeugung											
1 000 t		204	215	226	188	179	257	240	198	175	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	98	97	96	99	98	97	95	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,9	13,1	13,5	11,2	11,0	15,8	14,3	11,8	10,8	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1981/82 = 5 c) Winterhalbjahr 1982/83 = 5 +) Berechnet nach dem Bevölkerungsstand vom 1. 4. 1983

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1981	1982	1982			1983			
		Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	174	174	176	175	165	165	167	167
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	126	121	121	122	122	114	114	115	115
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 207	17 312	15 028	17 328	18 208	16 403	13 570	16 079	17 251
*Löhne (brutto)	Mill. DM	310,7	309,8	322,9	313,8	302,0	309,4	305,8	309,8	300,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	191,0	198,5	194,7	191,5	186,7	212,0	197,0	192,4	189,3
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 456	1 420	1 192	1 244	1 328	1 460	1 157	1 457	1 901
aus dem Inland	Mill. DM	981	1 039	905	921	922	1 090	814	1 022	1 082
aus dem Ausland	Mill. DM	475	380	287	323	406	370	343	436	819
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 791	2 802	2 533	2 717	r 2 983	2 913	2 549	2 781	2 973
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 265	2 261	2 017	2 225	r 2 410	2 422	2 080	2 265	2 449
*Auslandsumsatz	Mill. DM	526	541	516	492	573	491	469	516	523
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	32	22	23	24	20	17	21	22	26
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	36,3	35,9	30,4	34,9	33,4	37,8	34,4	39,5	40,4
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	87	75	64	66	70	50	62	62	36
*leichtes Heizöl	1 000 t	11	10	6	6	8	6	5	6	7
*schweres Heizöl	1 000 t	76	66	58	60	62	44	57	57	30
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	227	220	199	222	227	208	204	231	228
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	31	23	27	29	21	23	22	23
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	54 150	48 965	50 135	50 625	50 421	48 139	48 364	50 162	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 861	5 352	4 947	6 750	6 902	6 602	4 690	7 118	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 576	2 290	1 908	2 863	2 830	2 831	1 710	3 044	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 093	1 092	1 085	1 254	1 396	1 312	1 061	1 440	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 053	1 835	1 803	2 431	2 493	2 206	1 717	2 397	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	113,2	107,3	103,7	126,6	130,0	129,2	99,9	136,0	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	18,9	18,8	19,0	18,0	17,9	20,1	19,0	18,5	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	398,9	358,6	333,8	394,7	459,4	542,7	312,6	423,6	...
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	238,9	211,8	201,6	226,5	266,5	276,7	242,1	253,0	...
Ausbaugewerbe⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 891	8 422	8 407	8 660	8 812	7 913	7 968	8 239	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 060	983	895	1 036	1 116	945	835	1 044	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	20,4	19,6	20,0	20,3	20,5	20,5	19,0	20,4	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	58,4	55,9	48,1	56,0	62,6	69,2	40,1	54,8	...
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 059	972	912	609	608	638	661
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	806	808	679	732	723	685	651
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
Handwerk										
Handwerk (Meßzahlen)⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30. 9. 1976 = 100	106,6	101,4	.	.	103,8	100,5
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. - D 1976 = 100	132,9	128,4	.	.	131,2	140,9

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) Ab März 1983 vorläufige Ergebnisse, Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1981	1982	1982			1983			
		Monats-durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	685	467	493	454	539	965	840	749	661
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	520	326	342	335	352	710	656	552	486
*2 Wohnungen	Anzahl	112	80	89	82	102	148	128	127	114
*Rauminhalt	1 000 m ³	659	523	566	442	603	991	801	759	559
*Wohnfläche	1 000 m ²	114	91	94	75	104	172	141	131	100
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	137	117	126	136	156	233	189	165	163
*Rauminhalt	1 000 m ³	525	520	615	486	673	709	601	515	595
*Nutzfläche	1 000 m ²	91	88	115	87	108	129	100	93	102
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 347	1 159	1 210	927	1 445	2 289	1 742	1 620	1 309
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	709,7	677,7	541,6	721,9	693,5	609,0	592,1	766,5	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	131,1	118,6	84,7	141,3	127,5	98,6	116,9	132,9	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	578,5	559,1	457,0	580,5	566,0	510,5	475,2	633,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	13,3	13,9	11,6	10,8	16,1	11,9	8,3	9,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	73,5	61,5	50,8	57,0	49,5	45,6	43,0	62,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	491,7	483,7	394,7	512,7	500,4	453,0	423,8	561,8	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	51,1	55,9	41,7	49,3	62,7	67,1	47,9	60,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	440,6	427,8	353,0	463,4	437,7	385,9	375,9	501,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	275,8	290,5	233,3	273,0	317,0	274,0	272,5	296,5	...
darunter Dänemark	Mill. DM	63,4	58,0	47,1	56,4	61,2	60,2	48,0	59,8	...
Frankreich	Mill. DM	51,9	56,1	46,6	40,1	58,8	53,7	57,2	45,9	...
Niederlande	Mill. DM	51,8	54,4	35,6	72,9	53,8	55,1	49,3	60,6	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	44,8	39,1	32,6	35,7	37,5	38,2	46,2	68,6	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1980 = 100	103,6	105,3	109,7	104,1	100,1	112,4	107,8	105,4	...
*Gastgewerbesumsätze (Meßzahl)	1980 = 100	101,5	r 102,0	r 148,2	r 148,1	115,5	r 134,4	r 161,5	155,0	...
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
*Ankünfte	1 000	224	217	399	363	282	p 331	p 415	p 362	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	22	47	33	26	p 24	p 42	p 30	...
*Übernachtungen	1 000	1 392	1 338	3 360	3 162	1 743	p 2 206	p 3 414	p 3 073	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	43	40	76	58	46	p 43	p 72	p 57	...
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 174	1 143	943	1 250	1 083
Güterversand	1 000 t	567	545	434	634	553
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	199	164	159	142	153	146	125	158	145
*Güterversand	1 000 t	189	142	141	206	149	158	159	204	157
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschl. Motorroller)	Anzahl	8 751	8 169	7 374	5 961	7 501	12 217	7 741	6 936	...
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	416	450	364	227	191	636	417	261	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	7 686	7 163	6 475	5 221	6 790	10 586	6 754	6 122	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	420	325	294	250	304	476	322	318	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 452	1 449	1 658	1 887	1 610	1 967	1 751	p 2 000	p 1 709
*Getötete Personen	Anzahl	43	40	43	40	36	54	56	p 46	p 43
*Verletzte Personen	Anzahl	1 874	1 867	2 182	2 408	2 005	2 510	2 311	p 2 541	p 2 147

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1981	1982	1982			1983			
		Monats- durchschnitt ¹⁾			Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	58 066	61 136	60 103	59 958	60 466	63 756	63 284	63 467	64 097
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	56 214	59 217	58 119	57 933	58 489	61 964	61 489	61 668	62 313
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 269	9 118	9 550	9 030	9 274	9 804	9 056	8 932	9 444
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 906	8 878	9 088	8 813	9 099	9 199	8 745	8 665	9 074
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	363	239	462	217	175	605	311	266	370
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 196	7 513	7 192	7 281	7 327	7 298	7 357	7 350	7 262
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 129	5 675	5 470	5 541	5 568	5 436	5 481	5 510	5 504
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 067	1 838	1 722	1 741	1 759	1 862	1 876	1 840	1 759
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	39 748	42 587	41 378	41 622	41 888	44 862	45 076	45 386	45 606
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	30 141	31 809	30 788	30 978	31 028	33 449	33 720	33 962	34 159
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 607	10 778	10 590	10 644	10 860	11 413	11 357	11 424	11 447
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	35 935	38 037	36 317	36 711	36 426	38 541	38 724	39 265	38 957
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	22 242	23 499	22 835	23 188	22 905	23 749	24 020	24 455	24 132
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 458	17 386	17 015	17 183	16 947	17 636	17 847	18 180	17 973
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 784	6 112	5 820	6 005	5 959	6 113	6 173	6 276	6 159
*Spareinlagen	Mill. DM	13 693	14 539	13 482	13 523	13 520	14 791	14 704	14 809	14 825
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibung)	Mill. DM	10 015	10 599	9 927	9 964	9 973	10 829	10 820
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	794	886	890	904	715	832	1 156
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	815	817	936	863	718	835	1 243
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	45	56	54	50	54	60	58	40	72
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,4	0,2	-	-	1	1	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	381	404	395	394	466	318
*Wechselsumme	Mill. DM	2,6	3,6	2,7	2,8	3,2	2,9
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
		Vierteljahres- durchschnitt			3.Vj.82		2.Vj.83		3.Vj.83	
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 104,1	2 111,3	.	.	2 105,5	1 961,6	.	.	2 342,0
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 484,0	1 500,5	.	.	1 518,3	1 363,7	.	.	1 670,1
*Lohnsteuer ⁴⁾	Mill. DM	1 044,9	1 084,6	.	.	1 136,7	1 006,0	.	.	1 188,7
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	282,4	244,7	.	.	259,3	201,5	.	.	274,9
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	20,0	17,8	.	.	21,0	11,1	.	.	23,5
*Körperschaftsteuer ⁴⁾	Mill. DM	136,8	153,4	.	.	99,3	145,1	.	.	183,0
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	620,1	610,9	.	.	589,2	597,9	.	.	671,9
*Umsatzsteuer	Mill. DM	419,5	403,4	.	.	390,6	363,6	.	.	439,2
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	200,6	207,4	.	.	198,5	234,3	.	.	232,7
*Bundessteuern	Mill. DM	141,2	129,4	.	.	88,4	114,3	.	.	107,8
*Zölle	Mill. DM	0,2	0,2	.	.	0,2	0,1	.	.	0,1
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	130,5	117,9	.	.	81,0	103,5	.	.	100,0
*Landessteuern	Mill. DM	128,1	137,8	.	.	146,6	178,3	.	.	172,4
*Vermögensteuer	Mill. DM	26,0	27,2	.	.	29,1	27,5	.	.	29,1
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68,1	70,6	.	.	78,0	93,7	.	.	73,8
*Biersteuer	Mill. DM	4,4	4,8	.	.	6,1	4,5	.	.	7,6
*Gemeindesteuern	Mill. DM	272,1	267,0	.	.	294,6	266,5
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,2	7,2	.	.	7,6	7,5
*Grundsteuer B	Mill. DM	52,5	55,6	.	.	65,8	54,5
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	193,3	186,4	.	.	200,4	182,8
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 154,2	1 144,6	.	.	1 087,7	1 049,2	.	.	1 217,3
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	569,7	578,3	.	.	578,8	521,5	.	.	645,6
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	418,6	412,3	.	.	397,7	397,6	.	.	446,8
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	24,9	23,5	.	.	22,8	15,8	.	.	17,1
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 178,9	1 214,8	.	.	1 207,3	1 129,9	.	.	1 366,1
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	695,4	710,8	.	.	704,7	641,1	.	.	781,8
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	334,7	342,7	.	.	333,2	294,7	.	.	394,8
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	24,9	23,5	.	.	22,8	15,8	.	.	17,1
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	440,1	437,2	.	.	437,6	452,4
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	143,6	139,4	.	.	154,7	151,2
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	217,8	217,2	.	.	188,7	217,5

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1981	1982	1982			1983			
	Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100									
Einfuhrpreise (1980 = 100)	113,6	116,2	116,0	116,2	116,9	114,5	115,5	117,7	...
Ausfuhrpreise (1980 = 100)	105,8	110,4	110,6	110,8	111,1	112,0	112,4	112,9	...
Grundstoffpreise 6)	133,6	138,0	138,1	138,0	138,6	136,9	137,7	139,5	...
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 6) (1980 = 100)	107,8	114,1	114,7	114,8	114,9	115,5	115,6	116,3	...
landwirtschaftlicher Produkte 6)	104,6	107,3	108,0	108,7	109,0	105,2	p 103,4	p 104,4	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude (1980 = 100)	105,9	108,9	.	109,5	.	.	.	150,5	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	121,9	127,0	126,8	126,8	127,0	126,6	126,1	p 126,8	...
Einzelhandelspreise	122,2	128,6	130,0	129,2	129,4	131,8	132,0	131,9	132,2
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für	123,9	130,5	131,4	131,2	131,6	134,2	134,7	135,1	135,4
*Nahrungs- und Genußmittel	118,2	125,5	128,0	126,5	126,2	129,0	128,6	128,0	128,2
Kleidung, Schuhe	126,8	132,5	132,5	132,8	133,5	136,3	136,6	136,8	137,4
Wohnungsmieten	120,4	126,4	126,6	127,1	127,6	133,0	133,4	133,7	134,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	157,8	171,0	169,3	170,2	172,9	165,8	167,6	172,0	172,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	123,7	129,3	128,8	128,5	129,3	132,7	132,4	132,2	132,8
Löhne und Gehälter									
- Effektivverdienste in DM, ab Januar 1983 neuer Berichtskreis -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Bruttowochenverdienste							685	.	.
*männliche Arbeiter	633	646	662	.	.	.	715	.	.
darunter *Facharbeiter	668	679	696	.	.	.	464	.	.
*weibliche Arbeiter	420	437	448	.	.	.	445	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	402	420	431
Bruttostundenverdienste							16,49	.	.
*männliche Arbeiter	15,08	15,65	15,85	.	.	.	17,24	.	.
darunter *Facharbeiter	15,87	16,38	16,63	.	.	.	11,57	.	.
*weibliche Arbeiter	10,55	11,08	11,20	.	.	.	11,11	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	10,14	10,67	10,78
Bezahlte Wochenarbeitszeit							41,6	.	.
männliche Arbeiter (Stunden)	42,0	41,2	41,8	.	.	.	40,1	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,7	39,4	40,0
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte							3 866	.	.
*männlich	3 508	3 705	3 755	.	.	.	2 675	.	.
*weiblich	2 405	2 533	2 561
Technische Angestellte							4 031	.	.
*männlich	3 684	3 841	3 890	.	.	.	2 617	.	.
*weiblich	2 318	2 439	2 467
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte							3 202	.	.
*männlich	3 025	3 184	3 195	.	.	.	2 130	.	.
*weiblich	2 062	2 197	2 207
Technische Angestellte							3 205	.	.
männlich	3 013	3 166	3 282	.	.	.	(2 106)	.	.
weiblich	.	(2 245)	(2 251)
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte							3 410	.	.
männlich	3 178	3 349	3 371	.	.	.	2 278	.	.
weiblich	2 158	2 294	2 308
Technische Angestellte							3 958	.	.
männlich	3 642	3 805	3 856	.	.	.	2 584	.	.
weiblich	2 316	2 438	2 463

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1978	2 589	4,9	9,0	12,1	- 8	12	1 089	81	368	222	417
1979	2 595	5,0	8,8	12,1	- 9	16	1 103	77	362	222	441
1980	2 605	5,2	9,4	12,0	- 7	19	1 128	73	384	220	451
1981	2 616	5,3	9,4	12,2	- 7	15	1 144	74	385	220	465
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schul- versuchen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Band ^a 100
	in 1 000												
1978	245	89	83	2	13	43	32	12	46 053	6,0	29 723	2,7	95
1979	229	89	86	3	13	41	33	13	49 287	7,0	30 684	3,2	93
1980	215	87	87	3	12	41	32	15	53 446	8,4	32 027	4,4	95
1981	202	84	86	3	11	40	32	17	56 045	4,9	32 174	0,5	96
1982	190	79	83	2	57 768	3,1	31 860	- 1,0	96

Jahr	Landwirtschaft											
	Viehbestand am 3.12.					Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾		Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ²⁾										
	in 1 000											
1978	1 585	518	1 856	4 214	496	3 236	2 418	4 685	2 209	173	713	
1979	1 552	511	1 854	3 926	527	3 269	2 393	4 652	2 015	153	687	
1980	1 553	520	1 807	4 124	523	3 312	2 459	4 768	2 071	142	720	
1981	1 544	525	1 758	(3 382) ^a	473	2 922	2 446	4 702	2 075	153	889	
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890	

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch			
	insgesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle in 1 000 t SKE ⁶⁾	Heizöl	
	in 1 000		in 1 000 t	ins- gesamt	mittel- schwer, schwer						
	in 1 000										in 1 000
1978	179	127	228	3 198	1 832	26 334	4 362	177	1 008	774	56
1979	180	128	226	3 376	1 956	28 576	4 464	231	1 280	1 033	58
1980	183	130	229	3 701	2 166	31 134	5 049	365	1 255	1 091	58
1981	180	126	218	3 728	2 292	33 491	6 314	382	1 049	917	55
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	904	786	50

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

5) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

6) 1 t Steinkohle ^a 1 t SKE (29 308 MJ)

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. März 1983			Bevölkerungsveränderung im März 1983			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1983 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
in %									
FLensburg	86 660	- 0,1	- 0,9	- 5	- 80	- 85	49	1	56
KIEL	248 316	- 0,1	- 0,5	- 109	- 72	- 181	156	3	186
LÜBECK	216 600	- 0,1	- 1,0	- 100	- 209	- 309	135	1	160
NEUMÜNSTER	79 670	- 0,1	- 0,6	- 26	- 35	- 61	49	-	57
Dithmarschen	130 851	- 0,0	- 0,1	- 68	18	- 50	88	2	117
Hzgt. Lauenburg	157 655	+ 0,0	+ 0,3	- 21	39	18	83	5	108
Nordfriesland	161 586	- 0,1	- 0,2	- 17	- 171	- 188	104	3	128
Ostholstein	193 889	+ 0,2	+ 0,3	- 92	431	339	152	6	181
Pinneberg	260 378	- 0,0	- 0,1	- 42	- 10	- 52	170	1	216
Plön	117 403	+ 0,4	+ 0,9	- 33	498	465	77	1	105
Rendsburg-Eckernförde	246 595	- 0,1	- 0,0	- 76	- 124	- 200	176	2	234
Schleswig-Flensburg	182 817	- 0,0	+ 0,1	- 41	- 5	- 46	105	8	139
Segeberg	213 287	+ 0,0	+ 0,4	- 22	29	7	166	7	210
Steinburg	128 266	- 0,0	- 0,3	- 56	25	- 31	83	2	110
Stormarn	193 131	- 0,0	+ 0,5	- 71	67	- 4	118	1	140
Schleswig-Holstein	2 617 104	- 0,0	- 0,1	- 779	401	- 378	1 709	43	2 147

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1983	
	Betriebe am 30.9.1983	Beschäftigte am 30.9.1983	Umsatz ⁴⁾ im September 1983 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
FLensburg	71	8 562	160	33 549	30 033
KIEL	136	24 755	444	95 471	85 850
LÜBECK	143	22 722	245	81 675	73 311
NEUMÜNSTER	71	9 669	90	34 264	30 382
Dithmarschen	77	6 440	323	66 971	53 804
Hzgt. Lauenburg	98	8 184	105	74 993	64 577
Nordfriesland	54	3 154	78	77 216	62 235
Ostholstein	85	5 695	106	84 144	71 903
Pinneberg	198	20 304	315	119 867	104 469
Plön	47	2 646	41	55 575	46 711
Rendsburg-Eckernförde	119	9 954	153	117 952	98 681
Schleswig-Flensburg	88	4 920	133	91 128	73 908
Segeberg	176	14 306	248	111 413	95 540
Steinburg	92	10 253	221	61 274	49 976
Stormarn	148	15 682	310	92 220	80 837
Schleswig-Holstein	1 603	167 246	2 973	1 197 712	1 022 217

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1983 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1982			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 8. 1983	Kurzarbeiter Monatsmitte August 1983	offene Stellen am 31. 8. 1983	Schweine insgesamt am 31. 3. 1983	Rindvieh am 3. 6. 1983	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 618,2	+ 5,0	- 0,0	99 910	9 129	2 458	1 836	1 660	538
Hamburg	1 623,8	- 9,5	- 0,8	72 500	14 205	2 445	10	14	3
Niedersachsen	7 256,8	+ 2,5	- 0,1	305 990	28 497	7 813	7 342	3 373	1 133
Bremen	685,4	- 5,2	- 0,9	37 599	6 794	976	8	22	5
Nordrhein-Westfalen	16 961,2	+ 0,3	- 0,5	711 604	174 722	17 344	5 941	2 065	642
Hessen	5 599,8	+ 4,1	- 0,2	166 881	21 074	7 959	1 293	886	292
Rheinland-Pfalz	3 636,5	- 0,2	- 0,1	117 267	14 404	4 462	688	651	229
Baden-Württemberg	9 270,6	+ 4,2	- 0,2	230 851	42 310	17 016	2 294	1 841	693
Bayern	10 966,7	+ 4,7	+ 0,1	325 922	33 788	17 446	4 282	5 130	2 034
Saarland	1 057,5	- 5,6	- 0,5	48 581	29 609	1 062	47	71	26
Berlin (West)	1 869,6	- 11,9	- 1,0	79 115	4 650	3 415	4	1	0
Bundesgebiet	61 546,1	+ 1,5	- 0,3	2 196 220	379 182	82 426	23 744	15 714	5 596

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Juni 1983	
	Beschäftigte am 31. 7. 1983 in 1 000		Umsatz ²⁾ im Juli 1983		Beschäftigte am 30. Juni 1983		Zum Bau genehmigte Wohnungen	
	insgesamt	darunter Arbeiter	Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	165	114	2 349	18	48	18	2 289	8,7
Hamburg	150	85	6 275	11	26	16	401	2,5
Niedersachsen	642	471	8 899	26	129	18	5 336	7,4
Bremen	78	51	1 231	31	12	18	247	3,6
Nordrhein-Westfalen	1 969	1 381	27 236	26	261	15	9 477	5,6
Hessen	604	394	7 465	27	94	17	3 107	5,5
Rheinland-Pfalz	361	251	5 953	34	68	19	2 580	7,1
Baden-Württemberg	1 362	917	17 928	29	192	21	7 566	8,2
Bayern	1 266	872	17 366	30	247	23	8 734	8,0
Saarland	143	112	1 725	32	19	18	473	4,5
Berlin (West)	159	105	2 885	11	33	18	1 180	6,3
Bundesgebiet	6 900	4 751	99 510	26	1 130	18	41 390	6,7

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Juli 1983				Bestand an Spar- einlagen ⁵⁾ am 30. 6. 1983 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1982		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM in jeweiligen Preisen	Anteil des produzie- renden Gewerbes ⁶⁾ in %	DM je Erwerbs- tätigen in konstanten Preisen ⁷⁾ Bund = 100
						im 2. Vierteljahr 1983					
Schleswig-Holstein	1 751	56	2 311	135	5 649	453	407	...	57,8	43,3	96
Hamburg	763	12	1 009	134	9 228	825	3 300	...	77,9	34,7	135
Niedersachsen	3 717	165	5 045	140	7 072	438	434	...	164,6	48,7	95
Bremen	352	4	412	118	7 952	535	1 183	...	23,8	42,9	110
Nordrhein-Westfalen	8 485	206	10 054	121	8 017	502	837	...	430,5	47,9	103
Hessen	2 994	94	4 069	139	8 645	547	722	...	154,2	39,3	104
Rheinland-Pfalz	2 367	75	3 241	140	8 046	468	527	...	88,0	54,6	100
Baden-Württemberg	6 053	196	8 243	139	8 629	551	750	...	253,2	54,4	96
Bayern	8 560	301	11 629	139	8 928	528	601	...	277,9	47,9	93
Saarland	673	20	896	136	7 726	429	461	...	26,0	54,5	91
Berlin (West)	1 167	22	1 372	119	7 636	429	1 399	...	57,9	50,2	112
Bundesgebiet	36 882	1 151	48 281	134	8 133	512	767	...	1 611,7	47,9	100

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Schleswig-Holstein endgültige,
 übrige Länder vorläufige Zahlen 5) ohne Postspareinlagen 6) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei an der
 Bruttowertschöpfung der Bereiche 7) Basis 1970

Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Dezember 1982			Eheschließungen 1982		Lebendgeborene 1982		Gestorbene (ohne Totgeborene) 1982	
	insgesamt	männlich	Einwohner je km ²	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	86 601	40 903	1 537	524	6,0	846	9,7	1 157	13,3
KIEL	248 733	117 771	2 253	1 394	5,6	2 313	9,3	3 365	13,5
LÜBECK	217 225	100 860	1 014	1 339	6,1	1 942	8,9	3 251	14,9
NEUMÜNSTER	79 755	37 587	1 115	485	6,1	770	9,6	992	12,4
Dithmarschen	130 982	62 741	93	741	5,7	1 321	10,1	1 722	13,1
Hzgt. Lauenburg	157 592	76 920	125	798	5,1	1 406	8,9	1 953	12,4
Nordfriesland	161 790	79 112	79	1 007	6,2	1 462	9,0	1 759	10,8
Ostholstein	193 597	91 632	139	1 026	5,3	1 633	8,4	2 389	12,3
Pinneberg	260 515	126 004	393	1 433	5,5	2 388	9,2	2 703	10,4
Plön	116 845	57 660	108	599	5,1	1 028	8,8	1 340	11,5
Rendsburg-Eckernförde	246 887	120 827	113	1 290	5,2	2 388	9,7	2 780	11,3
Schleswig-Flensburg	182 902	91 324	88	982	5,4	1 925	10,5	2 002	10,9
Segeberg	213 248	103 992	159	1 135	5,3	2 046	9,6	2 213	10,4
Steinburg	128 433	61 997	122	666	5,2	1 224	9,5	1 768	13,7
Stormarn	193 051	93 388	252	997	5,2	1 789	9,3	2 207	11,6
Schleswig-Holstein	2 618 156	1 262 718	167	14 416	5,5	24 481	9,3	31 001	12,1

KREISFREIE STADT Kreis	Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbene (-)	Über die Kreisgrenze		Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte am 31.12.1982		Zahnärzte am 31.12.1982
		Zugezogene 1982	Fortgezogene 1982		insgesamt ¹⁾	darunter in freier Praxis	
FLENSBURG	- 311	5 830	6 531	- 651	270	138	58
KIEL	- 1 052	14 959	14 960	- 1	1 321	351	295
LÜBECK	- 1 309	9 387	10 256	- 869	863	310	130
NEUMÜNSTER	- 222	3 513	3 635	- 122	212	98	54
Dithmarschen	- 401	4 765	4 308	+ 457	247	125	72
Hzgt. Lauenburg	- 547	7 312	6 290	+ 1 022	231	120	70
Nordfriesland	- 297	8 271	8 271	-	305	166	73
Ostholstein	- 756	10 152	8 960	+ 1 192	414	189	112
Pinneberg	- 315	11 503	11 424	+ 79	428	264	159
Plön	- 312	6 507	5 724	+ 783	220	115	59
Rendsburg-Eckernförde	- 392	12 100	11 283	+ 817	408	206	134
Schleswig-Flensburg	- 77	8 889	8 446	+ 443	251	140	83
Segeberg	- 187	11 171	9 905	+ 1 266	351	165	94
Steinburg	- 544	4 653	4 470	+ 183	219	106	51
Stormarn	- 418	10 259	8 768	+ 1 491	278	167	95
Schleswig-Holstein	- 7 120	129 321	123 231	+ 6 090	6 018	2 660	1 539

1) ohne Landespolizei und Bundesgrenzschutz

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. 6. 1982										
KREISFREIE STADT	insgesamt				darunter im Wirtschaftsbereich					
Kreis	zusammen	männlich	darunter Ausländer		Produzierendes Gewerbe 1)		Handel und Verkehr		übrige Dienstleistungen	
Gebietsstand 31. 12. 81			zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
FLENSBURG	36 908	20 513	1 863	1 111	12 272	9 261	9 884	5 395	14 636	5 777
KIEL	106 307	61 316	4 293	2 810	36 230	28 913	22 220	11 149	47 654	21 114
LÜBECK	80 412	45 865	4 540	2 822	34 884	26 039	17 984	9 209	27 019	10 251
NEUMÜNSTER	29 258	17 229	1 156	892	13 370	10 040	7 149	3 866	8 596	3 236
Dithmarschen	31 969	20 194	461	331	14 335	11 834	6 074	3 014	10 340	4 317
Hzgt. Lauenburg	31 556	18 598	1 520	1 056	15 726	12 042	4 117	1 733	10 574	3 916
Nordfriesland	40 833	23 873	777	481	11 345	9 323	8 265	4 043	19 768	9 293
Ostholstein	44 274	23 753	1 171	816	14 658	11 092	8 377	3 841	19 447	7 453
Pinneberg	67 215	39 485	5 252	3 549	33 571	24 408	13 877	7 092	16 346	5 595
Plön	18 877	10 652	455	310	7 044	5 495	3 424	1 669	6 987	2 408
Rendsburg-Eckernförde	55 153	34 215	1 351	1 104	24 018	19 301	10 225	5 189	18 415	7 796
Schleswig-Flensburg	34 999	20 517	473	243	13 128	10 248	5 541	2 652	14 428	6 017
Segeberg	54 636	31 204	3 103	2 076	25 312	18 279	13 836	7 185	14 037	4 631
Steinburg	32 926	20 157	833	541	16 209	12 909	5 741	2 893	9 907	3 509
Stormarn	46 660	27 264	3 067	2 242	24 115	17 854	9 398	4 519	12 030	4 045
Schleswig-Holstein	711 983	414 835	30 315	20 384	296 217	227 038	146 112	73 449	250 184	99 358

KREISFREIE STADT	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1983				Straßenverkehrsunfälle 1982			
	insgesamt	darunter			Unfälle mit Personenschaden	verunglückte Personen	darunter	
		Personenkraftwagen 2)	Lastkraftwagen	Zugmaschinen 3)			Getötete	Schwerverletzte
FLENSBURG	33 549	30 033	1 791	238	482	593	7	117
KIEL	95 471	85 850	4 475	623	1 621	1 968	25	388
LÜBECK	81 675	73 311	4 153	893	1 518	1 818	22	440
NEUMÜNSTER	34 264	30 382	2 070	476	583	710	6	145
Dithmarschen	66 971	53 804	2 962	7 690	915	1 226	33	416
Hzgt. Lauenburg	74 993	64 577	2 862	4 692	943	1 255	33	378
Nordfriesland	77 216	62 235	3 366	8 326	1 160	1 621	38	515
Ostholstein	84 144	71 903	3 544	5 408	1 408	1 894	35	506
Pinneberg	119 867	104 469	5 964	4 651	1 623	1 996	34	560
Plön	55 575	46 711	2 119	4 405	804	1 124	26	250
Rendsburg-Eckernförde	117 952	98 681	4 883	9 970	1 782	2 471	58	676
Schleswig-Flensburg	91 128	73 908	3 657	10 028	1 043	1 453	39	404
Segeberg	111 413	95 540	5 130	6 330	1 516	2 098	53	473
Steinburg	61 274	49 976	2 930	5 758	825	1 111	38	309
Stormarn	92 220	80 837	4 234	3 448	1 170	1 546	38	382
Schleswig-Holstein	1 197 712	1 022 217	54 140	72 936	17 393	22 884	485	5 959

- 1) einschließlich ohne Angabe eines bestimmten Wirtschaftsbereiches
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen
 3) zulassungspflichtige

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände								
		Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1982 ¹⁾								
		Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Gemeinden						Gemeinde- anteil an der Ein- kommen- steuer
				Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital				
		Aufkommen	Gewerbe- steuer- umlage			Einnahmen				
		1 000 DM	DM je Einwohner ²⁾	1 000 DM						
*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	73 478	845	52	9 708	38 051	8 844	29 207	31 625		
KIEL	204 713	821	120	31 889	95 939	20 306	75 633	91 187		
LÜBECK	178 723	818	238	25 997	86 714	19 691	67 023	77 149		
NEUMÜNSTER	61 220	766	60	8 948	28 690	6 039	22 651	27 567		
Dithmarschen	68 787	525	2 967	8 909	30 553	9 147	21 406	34 300		
Hzgt. Lauenburg	95 647	608	1 963	11 048	37 127	10 381	26 746	52 214		
Nordfriesland	89 373	551	3 812	13 682	32 491	9 715	22 776	40 478		
Ostholstein	106 587	550	3 259	16 287	36 631	10 319	26 312	55 147		
Pinneberg	200 609	769	1 882	22 209	72 866	16 432	56 434	109 755		
Plön	61 343	528	2 220	8 292	16 217	4 332	11 885	36 491		
Rendsburg-Eckernförde	130 834	530	3 930	15 542	44 901	12 140	32 761	74 369		
Schleswig-Flensburg	83 603	457	3 880	10 211	27 041	6 994	20 047	46 152		
Segeberg	155 618	733	1 266	15 850	78 460	22 632	55 828	76 848		
Steinburg	94 497	735	1 944	9 851	56 745	14 623	42 122	38 811		
Stormarn	143 840	747	1 329	13 866	63 212	16 554	46 658	76 757		
Schleswig-Holstein	1 748 868	666	28 920	222 287	745 635	188 148	557 487	868 849		

KREISFREIE STADT Kreis		Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
		Realsteueraufbringungskraft 1982 ³⁾				Steuereinnahmekraft ⁴⁾ der Gemeinden 1982		Baumaßnahmen 1982			
		insgesamt		aus Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital		1982		Gemeinden und Gemeindeverbände		kreisangehörige Gemeinden und Ämter	
		1 000 DM	DM je Einw. 2)	1 000 DM	DM je Einw. 2)	1 000 DM	DM je Einw. 2)	1 000 DM	DM je Einw. 2)	1 000 DM	DM je Einw. 2)
*	*	*	*	*	*	*	*	*	*		
FLENSBURG	41 675	479	34 134	392	64 626	743	12 767	147	-	-	
KIEL	106 681	428	83 604	335	176 730	709	35 590	143	-	-	
LÜBECK	96 954	444	76 660	351	154 687	708	62 744	287	-	-	
NEUMÜNSTER	31 963	400	25 002	313	53 214	666	30 365	380	-	-	
Dithmarschen	46 001	351	32 650	249	72 017	550	58 216	444	39 314	300	
Hzgt. Lauenburg	53 168	338	38 873	247	95 629	608	79 676	507	67 572	430	
Nordfriesland	51 660	318	33 102	204	83 796	517	52 613	324	45 518	281	
Ostholstein	57 616	297	37 302	192	103 448	533	74 258	383	56 716	292	
Pinneberg	104 010	399	76 210	292	194 710	746	91 231	350	81 738	313	
Plön	27 728	238	16 584	143	60 174	517	44 682	384	36 892	317	
Rendsburg-Eckernförde	68 607	278	47 422	192	131 164	532	103 032	418	85 311	346	
Schleswig-Flensburg	43 217	236	27 792	152	82 500	451	77 743	425	61 254	335	
Segeberg	102 810	484	82 499	388	158 540	746	104 808	493	83 438	393	
Steinburg	79 507	619	67 142	522	101 040	786	50 350	392	39 856	310	
Stormarn	85 043	442	66 779	347	145 013	753	96 442	501	76 032	395	
Schleswig-Holstein	996 640	380	745 754	285	1 677 288	640	974 525	372	673 647	339	

1) kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik 2) Bevölkerungsstand 30.6.1982 3) Summe der Grundbeträge multipliziert mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert 4) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände								
KREISFREIE STADT Kreis	Schulden am 31. 12. 1982 (ohne Kassenkredite)				hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal am 30. 6. 1982			
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter	
	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner 1)	Anzahl	je 10 000 Einwohner 1)
	*	*	*	*	*	*	*	*
FLensburg	111 417	1 281	111 417	1 281	1 352	154	1 352	154
KIEL	392 474	1 574	392 474	1 574	4 587	184	4 587	184
LÜBECK	421 125	1 927	421 125	1 927	4 116	188	4 116	188
NEUMÜNSTER	199 628	2 497	199 628	2 497	1 145	143	1 145	143
Dithmarschen	106 004	809	82 761	632	1 234	94	763	58
Hzgt. Lauenburg	111 718	711	96 756	616	1 241	79	834	53
Nordfriesland	175 944	1 085	128 595	783	1 557	96	910	56
Ostholstein	163 119	841	153 241	790	1 641	85	1 122	58
Pinneberg	234 306	898	202 093	775	2 254	86	1 627	62
Plön	163 116	1 403	144 394	1 242	922	79	555	48
Rendsburg-Eckernförde	154 872	628	144 748	587	1 784	72	1 158	47
Schleswig-Flensburg	137 045	750	95 453	522	1 320	72	782	43
Segeberg	133 302	628	122 329	576	1 647	78	1 204	57
Steinburg	127 069	989	102 082	794	1 192	93	724	56
Stormarn	164 927	857	133 261	692	1 446	75	971	51
Schleswig-Holstein	2 796 066	1 067	2 530 357	966	27 438	105	21 850	83

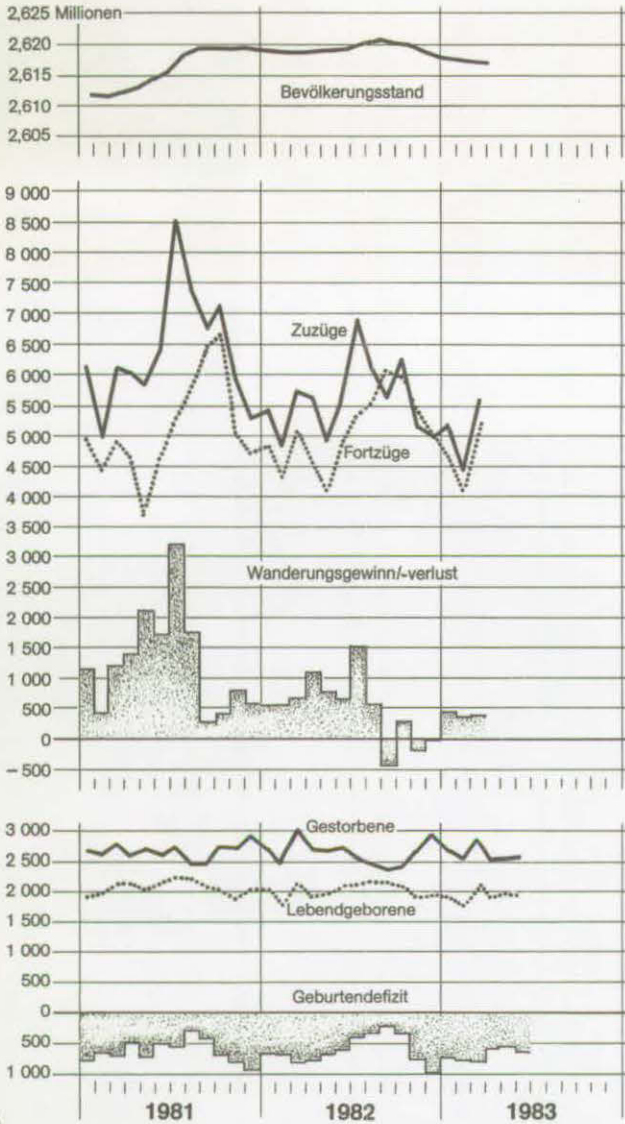
KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoinlandsprodukt 1980 insgesamt in Mill. DM	Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche 1980				Bruttoinlandsprodukt 1980	
		Land- und Forstwirtschaft	warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienstleistungen	Anteile der Kreise am Land	durchschnittliche jährliche Veränderung 1970 - 1980
		%					
	*	*	*	*	*	*	*
FLensburg	2 731	0,1	38,2	20,9	40,7	5,1	8,6
KIEL	6 985	0,1	32,2	16,1	51,6	13,1	8,3
LÜBECK	5 177	0,4	41,6	17,8	40,1	9,7	6,9
NEUMÜNSTER	1 922	0,4	42,0	16,2	41,4	3,6	7,6
Dithmarschen	3 655	7,7	56,2	11,7	24,4	6,8	10,0
Hzgt. Lauenburg	2 252	8,1	36,3	12,0	43,6	4,2	9,1
Nordfriesland	2 972	13,1	25,1	16,0	45,8	5,6	8,4
Ostholstein	2 983	8,4	28,1	16,1	47,3	5,6	9,5
Pinneberg	5 269	3,6	39,7	14,9	41,8	9,9	8,1
Plön	1 561	12,8	25,4	10,8	51,0	2,9	9,3
Rendsburg-Eckernförde	4 251	9,5	41,1	11,9	37,5	8,0	9,5
Schleswig-Flensburg	2 984	14,7	28,0	11,9	45,4	5,6	8,2
Segeberg	3 455	6,9	43,4	17,2	32,5	6,5	10,4
Steinburg	2 879	7,5	34,7	13,0	44,8	5,4	9,6
Stormarn	4 371	2,9	63,7	10,2	23,2	8,2	9,7
Schleswig-Holstein	53 446	5,6	39,4	14,6	40,4	100	8,8

1) Bevölkerungsstand 31. 12. des Vorjahres

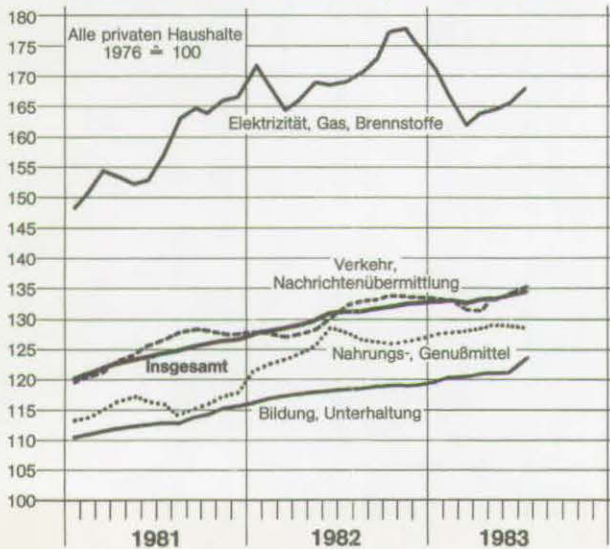
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Teil A erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil B: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

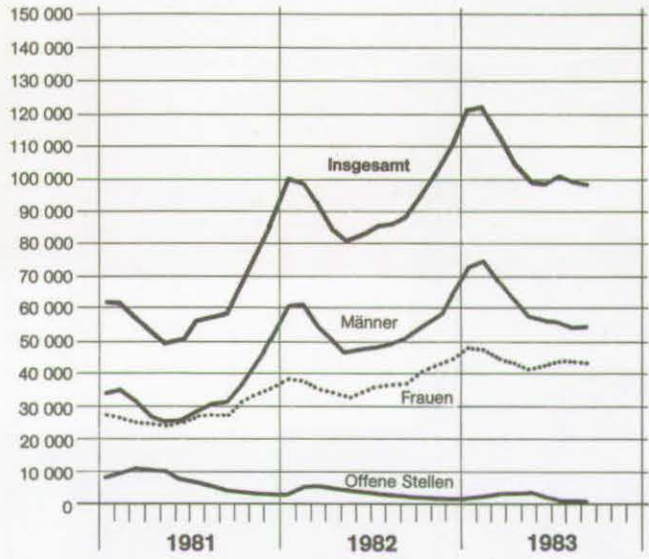
Bevölkerung



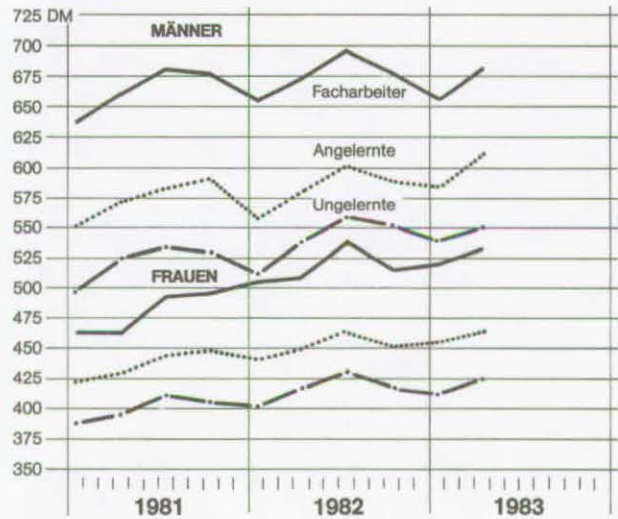
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Arbeitslose



Bruttowochenverdienste



Steueraufkommen

